Info

Griechenland

Online-Edition

„Oxi", „Nein" – so lautete in den 2010er Jahren der Slogan eines Großteils der griechischen Bevölkerung gegen die Spardiktate von EU-Institutionen und Internationalem Währungsfonds. Mitte des Jahrzehnts keimte mit der linken Politik von Syriza und eines Regierungschefs Alexis Tsipras Hoffnung auf ein anderes Griechenland, auf ein anderes Europa.

Das heutige Griechenland unter einer konservativen Regierung ist ein anderes. Was ist geblieben von der Aufbruchstimmung? Worauf zielen die neoliberalen Angriffe? Wo regt sich Widerstand? Und nicht zuletzt: Welche Rolle spielen linke und demokratische Kräfte in dieser Situation? Darüber berichtet dieses „Info: Europa".

Oktober 2021

Inhalt

Bilanz eines vorhersehbaren Versagens
Der Umgang mit Covid 19 in Griechenland.
Von Dimosthenis Papadatos-Anagnostopoulos 3

Wie Griechenland zum Polizeistaat wurde
Mit Mitsotakis als neuem Orbán hinter einer liberalen Maske folgt Griechenland eiligst dem Weg Ungarns.
Von Thanos Kamilalis 5

Eklatanter Missbrauch des Rechtssystems
Kriminalisierung als Instrument der Migrationskontrolle auf Lesbos.
Von Elli Kriona Saranti, Effie Doussi und Vassilis Kerasiotis 7

Nicht in Griechenland im Jahr 2021!
Das neue Arbeitsgesetz: 8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Ruhe, 8 Stunden Schlaf? 9

Gesellschaftlicher Rechtsruck
Die griechische Linke und die konservative Hegemonie.
Von Yannis Albanis 10

Feminismus im Reich der Notwendigkeit
In den letzten zwölf Jahren ist in Griechenland eine feministische Basisbewegung entstanden, die größtenteils Patriarchatskritik mit Kapitalismuskritik verbindet.
Von Angela Dimitrakaki 13

„Eine breite Front ist heute notwendiger denn je"
Tonia Katerini über die Zwangsversteigerungen von Wohnungen und den Widerstand gegen diese Praxis 16

Die vielen Nachleben der „Goldenen Morgenröte"
Wie der rechtsradikale Geist die griechische Gesellschaft durchdrungen hat.
Von Rosa Vasilaki 18

Alles wegen der Türkei
Im Zentrum der griechischen Außenpolitik steht das Verhältnis zu Ankara.
Von Kaki Bali 20

Nicht verpassen / Don't miss 20

Alles den Unternehmen
Der Wiederaufbaufonds der EU für Griechenland.
Von Panagiotis Sotiris und Yiorgos Vassalos 22

Instrumentalisierung der Pandemie im Interesse Weniger
Das größte Opfer von Covid-19 könnte die Demokratie werden.
Von Stefanos Loukopoulos 24

Medien im Umbruch
Die Nachrichtenbranche in Griechenland im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlicher Krise und staatlicher Einflussnahme.
Von Eugenia Siapera 26

Impressum

Info: Europa | Griechenland
wird herausgegeben von der
common verlagsgenossenschaft eG
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
kontakt@common.berlin

Redaktion Franziska Albrecht, Maria Oshana, Uwe H. Sattler (V.i.S.d.P.)

Titelfoto Giannis Panagopoulos

Layout Michael Pickardt

Druck BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin

Info: Europa wird gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung aus Mitteln des Auswärtigen Amtes

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

es ist einige Jahre her, da blickte Europa gebannt auf Griechenland. Was war geschehen? Im Mai 2012 konstituierte sich das Linksbündnis Syriza als Partei, und unter ihrem charismatischen Vorsitzenden Alexis Tsipras gewann die „Koalition der Radikalen Linken" rasant an politischer Zustimmung und Zuspruch der Wähler*innen. Es war die Hochzeit des Widerstands gegen die Spardiktate der Troika aus Europäischer Zentralbank, Internationalem Währungsfonds und EU-Kommission, die große Teile der griechischen Bevölkerung in den wirtschaftlichen und sozialen Abgrund führten. Linke Politik erlebte eine Renaissance – und in breiten Bevölkerungskreisen europaweite Anerkennung. Doch auf den Wahlsieg Syrizas 2015 folgte schnell Ernüchterung. Unter dem massiven Druck aus Brüssel sah sich die neue Regierung gezwungen, das EU-Spar-, Kürzungs- und Privatisierungs-Diktat fortzusetzen, wenngleich sie einige der schärfsten Angriffe von EU-Institutionen und Währungsfonds abwenden bzw. abmildern und zumindest einige Erfolge, wie im Gesundheitswesen, erzielen konnte. Nach dem Auslaufen des letzten Memorandums im August 2018 versuchte Syriza mit einer Reihe arbeits-, wirtschafts- und sozialpolitischer Maßnahmen, zu einer Politik der sozialen Gerechtigkeit zurückzufinden.

Mit dem Wahlsieg der konservativen Nea Dimokratia im Juli 2019 wurde diese Entwicklung jäh beendet und durch eine von nationalistischer und rassistischer Rhetorik begleitete, neoliberale Politik und autoritäres Regieren abgelöst. Dafür stehen der Umbau Griechenlands zum Polizeistaat, der massive Rückbau von Arbeitnehmer*innenrechten ebenso wie das Vorgehen gegen Migrant*innen, die Ausrichtung der Wirtschaft, ja selbst von EU-Corona-Hilfsprogrammen, auf die Kapitalinteressen oder auch die massive Einflussnahme auf die Medienlandschaft im Sinne der Regierenden ... die Liste könnte fortgesetzt werden. Die damit entstandene katastrophale Lage in fast allen gesellschaftlichen Bereichen spitzte sich in der Coronakrise noch weiter zu und ließ die Probleme offen zutage treten.

Aber es gibt auch gegenläufige Tendenzen. Die Proteste gegen die Deregulierung von Arbeitnehmer*innen-Rechten, gegen staatliche Repression oder die Verdrängung von Menschen aus ihren Wohnungen weiten sich aus, eine neue Studierendenbewegung ist entstanden, und die feministische Bewegung ist so stark wie nie. Nicht zuletzt durch praktische Solidarität und die dynamische Mobilisierung auch in den sozialen Medien bringt die Linke in Griechenland die Regierung zunehmend in Bedrängnis. So gehört sie noch immer zu den stärksten linken Kräften in Europa, innerhalb und außerhalb der Parlamente, auch wenn ihre einzelnen Teile noch zu selten an einem Strang ziehen.

Über diese Aspekte, Facetten und Themen des heutigen Griechenland können Sie in diesem „Info: Europa" lesen. Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre,

Maria Oshana, Uwe Sattler

Open-air-Vorlesung an der Universität von Thessaloniki. Eine Initiative der Studierenden-Gewerkschaft gegen die andauernde pandemiebedingte Schließung der Universitäten seit 2020
Foto: Sotiris Dimitropoulos

Bilanz eines vorhersehbaren Versagens

Der Umgang mit Covid 19 in Griechenland. Von Dimosthenis Papadatos-Anagnostopoulos

Seit Juli 2021 ist Griechenland mit der vierten Covid 19 Welle konfrontiert, seit Anfang August warnt die Regierung vor einem „schwierigen Winter". Das Impfprogramm hält zwar bislang die Anzahl der künstlich beatmeten Patienten und Todesfälle auf einem niedrigen Niveau, die gegenwärtige Welle der Pandemie stellt jedoch die Kapazitäten des griechischen Gesundheitssystems erneut auf die Probe. Denn dieses leidet nach wie vor unter Unterfinanzierung, personeller Unterbesetzung, seiner rund um die zentrale Achse stationärer Einrichtungen aufgebauten Struktur, der weitgehenden Privatisierung sowie unter erheblichen regionalen Ungleichgewichten und der Ungleichbehandlung zulasten sozial benachteiligter Gruppen (wie Geflüchteten oder Roma). Wie schon während der vergangenen drei Wellen wird das Gesundheitssystem nicht nur vom erhöhten Bedarf nach Gesundheitsleistungen aufgrund von Covid 19, sondern auch von der stark vernachlässigten, nicht Covid 19-bedingten Morbidität auf die Probe gestellt.

Seit dem 26. Februar 2020, als die erste Infektion mit dem neuartigen Corona-Virus in Griechenland erfasst wurde, bis Anfang August 2021 zählt das Land mehr als 501.000 bestätigte Infektionsfälle und mehr als 13.000 Covid 19-bedingte Todesfälle. Viele dieser Todesfälle betreffen Patienten ohne Zugang zu intensivstationärer Versorgung.

Weniger beachtet bleibt indessen leider die Übersterblichkeit (die Anzahl von Todesfällen während der Pandemie im Vergleich zu den erwarteten Todesfällen anhand der durchschnittlichen Zahlen im Zeitraum von 2015 bis 2019). 8.405 „überzählige" Todesfälle zwischen Februar und Dezember 2020 zeugen vom Unvermögen des Gesundheitssystems, den starren Bedarf (Notfälle und Patienten mit onkologischen, kardiovaskulären oder psychiatrischen Erkrankungen) und schwer zu verlegende Fälle zu versorgen. Dies führte laut Angaben der Medizinprofessoren Alexis Benos und Ilias Kondylis zu einer Absage von 20 bis 80 Prozent aller geplanten Operationen und Arztbesuche. Zu dieser ungünstigen Ausgangslage kommt heute noch der nur langsame Fortschritt des Impfprogramms hinzu. Aber war dieses Scheitern unvermeidbar?

Das griechische Gesundheitssystem vor Covid 19

In den ersten Monaten der Pandemie wurden Ärzte und Krankenpfleger als Helden in einem Krieg gefeiert. Dieser „Krieg" hatte jedoch bereits viel früher begonnen.

Die durch drei Haushaltsanpassungsprogramme zwischen 2010 und 2018 vorgeschriebene Austerität hat tiefe Spuren hinterlassen und ein ineffizientes Gesundheitssystem geschaffen: Zwischen 2011 und 2015 stieg die vermeidbare Sterblichkeit von 175,85 auf 182,24 Todesfälle pro 100.000 Einwohner an. Außerdem ist das System unterfinanziert: Griechenland stellt lediglich 8 Prozent seines BIP für die Gesundheitsversorgung und weniger als 5 Prozent für den öffentlichen Gesundheitssektor zur Verfügung (OECD-Angaben für 2019). Darüber hinaus haben wir es nun mit einem privatisierten System zu tun (die direkten privaten Ausgaben betragen 35 Prozent der Gesamtausgaben), das personell unterbesetzt ist: Die Sparprogramme von 2010 bis 2018 untersagten Personaleinstellungen, und als im Juli 2019 die konservative Nea Dimokratia an die Macht kam, wurden selbst geplante Einstellungen eingefroren, was zu einem System mit überaltertem Personal führte. Vor allem haben wir es jedoch mit einem System zu tun, das Krankenhäuser und Ärzte in den Mittelpunkt stellt: Trotz der Reform von 2016-2017 blieb die Primärversorgung schwach, wobei Ausgaben hauptsächlich in die stationäre Versorgung und Arzneimittel flossen; gleichzeitig hatte Griechenland das europaweit niedrigste Verhältnis von Krankenpfleger*innen und Ärzt*innen pro 1.000 Einwohner. Zuletzt haben wir es mit einem System mit erheblicher Ungleichbehandlung von Patienten zu tun: Migrant*innen, Geflüchtete und Roma hatten bereits vor der Pandemie mit Hindernissen beim Zugang zur Gesundheitsversorgung zu kämpfen, während die ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung (also einer von fünf Haushalten) von einem ungedeckten Bedarf nach Gesundheitsleistungen berichteten und Griechenland die höchsten „katastrophalen" Gesundheitsausgaben (im Verhältnis zum verfügbaren Einkommen) in der Europäischen Union (EU) aufweist.

Der Verbleib einer Regierung an der Macht, der jeglicher Sinn für öffentliches Interesse fehlt, ist schädlich für die Gesundheit.

Gesundheitspolitik während der ersten Welle der Pandemie

Der Zustand des Gesundheitssystems vor der Pandemie und die schrecklichen Bilder aus dem Nachbarland Italien erklären den strikten Lockdown, der in Griechenland zwischen März und Mai 2020 verhängt wurde: Das Land betrat das Zeitalter der Pandemie mit gerade einmal 565 Intensivbetten, unfähig, massenweise diagnostische Tests durchzuführen, und mit erheblichen Mängeln an Personal und elementarer Ausrüstung (Masken, Schuhüberzieher, Beatmungsgeräte). Ein wesentlicher Teil dieser Mängel wurde durch Spenden von anderen Staaten, Unternehmen und wohltätigkeitskapitalistischen Einrichtungen wie der Stavros-Niarchos-Stiftung gedeckt. Statt den Haushalt zu belasten, bewarb die Regierung eine Änderung der Gesetzgebung zur Annahme von Spenden, damit die 18 Ministerien (einschließlich des Gesundheitsministeriums) ihren Bedarf bei Spendern anmelden und unverzüglich gedeckt bekommen konnten.

Vor dem Hintergrund des desolaten Gesundheitssystems wurden strikte Ausgangsbeschränkungen beschlossen: Jedes Verlassen der eigenen Wohnung musste im Voraus per SMS oder schriftlicher Erklärung begründet werden. Die Geschäfte wurden geschlossen, Versammlungen wurden verboten, Kontrollen wurden vervielfacht und die traditionelle Ostermesse wurde hinter verschlossenen Türen abgehalten. Mangels Personals wurden die diagnostischen Tests in der Provinz manchmal auch von Polizeibeamten durchgeführt.

Wissentliche Gefährdung von Geflüchteten

Die Regierung ignorierte die Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation, angesichts der Covid-Krise die Internierungslager für Geflüchtete zu räumen. Während für die Allgemeinbevölkerung Maßnahmen zur sozialen Distanzierung angeordnet wurden, wurden Tausende Geflüchtete unter extremer räumlicher Enge, völlig inakzeptablen Hygienebedingungen und ohne einfachen Zugang zu sauberem Wasser, Lebensmitteln und Gesundheitsversorgung allein gelassen. Der Ausgang aus den Camps war bereits vor den Beschränkungen für die Allgemeinbevölkerung drastisch beschränkt worden. Diese Ausgangsbeschränkungen wurden daraufhin immer wieder per Notverordnung verlängert, selbst nachdem die Maßnahmen für die Allgemeinbevölkerung wieder gelockert wurden. Darüber hinaus wurde das von der UNHCR finanzierte ESTIA-Wohnraumprogramm für Geflüchtete eingestellt und die für die Bearbeitung von Asylanträgen zuständigen Dienststellen geschlossen, was dazu führte, dass Tausende Geflüchtete nach Auslaufen der Finanzierung aus ihren Wohnungen geräumt wurden. Während Infektionsfälle in Aufnahmeeinrichtungen in die Höhe schossen, griff auf den Inseln der sogenannte Agnodiki-Plan zur Bekämpfung von „Unruhen und Gewalttaten, Gesundheitsbedrohungen und größeren Naturkatastrophen“, der im Fall eines Covid-Ausbruchs in den Geflüchtetenlagern die Abriegelung und Behandlung innerhalb der in der Regel überfüllten Einrichtung vorsieht, statt die Erkrankten zur Versorgung in Krankenhäuser zu überweisen. Proteste von Medizinern, Oppositionsparteien, sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen wurden ignoriert; selbst nach den Bränden der Aufnahmeeinrichtungen in Moria und auf Samos beharrte die Regierung weiterhin auf dieser Politik.

Die langen Lockdowns wurden jedoch nicht zur Stärkung des Gesundheitssystems oder des Fuhrparks der öffentlichen Verkehrsmittel genutzt. Ganz im Gegenteil wurden im Haushalt für 2021 die Ausgaben für die Gesundheitsversorgung um 572.000.000 Euro gekürzt.

Die zweite und dritte Welle der Pandemie

Dass Infektions- und Todesfälle auf niedrigen Niveaus blieben, wurde als Beweis dafür präsentiert, dass Griechenland ein sicheres touristisches Reiseziel sei. Die Lockerung der Beschränkungen und Kontrollen führte jedoch zur zweiten Pandemiewelle (zwischen Juli 2020 und Januar 2021): Von den ca. 13.000 Todesfällen bis August 2021 wurden 5.587 während dieser zweiten Welle verzeichnet, obwohl ab dem 7. November ein neuer Lockdown verhängt wurde.

Die langen Lockdowns wurden jedoch nicht zur Stärkung des Gesundheitssystems oder des Fuhrparks der öffentlichen Verkehrsmittel genutzt (in letzteren kamen weiterhin alltäglich Hunderttausende Arbeitnehmer in engen Kontakt). Ganz im Gegenteil wurden im Haushalt für 2021 die Ausgaben für die Gesundheitsversorgung um 572.000.000 Euro gekürzt. Zwischen Februar und November 2020 kamen die einzigen Finanzspritzen für die Gesundheitsversorgung aus der Neuzuweisung ungenutzter Mittel (785.500.000 Euro) und Spenden (128.000.000 Euro). Statt Privatkliniken zum Dienst für das öffentliche Gesundheitssystem zu verpflichten, mietete die Regierung deren Intensivbetten an und garantierte so die Profite ihrer Eigentümer.

Bezeichnend für die Mängel und die personelle Unterbesetzung des Gesundheitssystems war, dass die Regierung trotz der freiwilligen Meldung von 10.000 ehrenamtlichen Gesundheitsdienstleister*innen und der Einstellung von 7.500 ÄrztInnen, KrankenpflegerInnen und Hilfskräften zwischen März 2020 und Februar 2021 Ärzte aus dem Privatsektor zum Dienst für das öffentliche Gesundheitssystem verpflichtete und öffentlich-private Partnerschaften zum Erwerb intensivmedizinischer Leistungen einsetzte. Sie folgte konsequent dem wirtschaftlichen Aufschwungplan, den ein Ausschuss unter der Leitung des neoliberalen Nobelpreisträgers Christopher Pissarides erarbeitet hatte. Am fragmentierten Zustand des epidemiologischen Überwachungssystems (bestehend aus drei unterschiedlichen Erfassungsmechanismen) wurde nichts geändert. Bis heute stehen kritische Daten über die soziofinanzielle Situation der Verstorbenen sowie Menschenansammlungen am Arbeitsplatz, in Gefängnissen, Kasernen und Aufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete unter Verschluss.

Vor diesem Hintergrund verwundert es kaum, dass sich Mitglieder des von der Regierung zu Beginn der Pandemie einberufenen infektiologischen Beratungsausschusses mittlerweile öffentlich von dieser gescheiterten Politik distanzierten.

Die Impfpolitik

Das Impfprogramm wurde als Ersatz für eine integrierte Vorbeugungsstrategie mit einem verbesserten öffentlichen Gesundheitssystem im Mittelpunkt eingesetzt. Das von der Regierung gesetzte Ziel von 6,5 Millionen Impfungen bis März 2021 wurde nicht erreicht: Anfang August waren gerade einmal 50,5 Prozent der Bevölkerung geimpft, wobei die Altersgruppe von 18 bis 44 Jahren am meisten zögert, sich impfen zu lassen.

Eine systematische Aufklärungskampagne über den Nutzen der Impfung im Rahmen der medizinischen Primärversorgung wurde nicht geplant, geschweige denn umgesetzt. Stattdessen wurden jüngeren Menschen finanzielle Anreize geboten und für Pflegekräfte Zwangsmaßnahmen getroffen, wodurch das Vertrauen in das Impfprogramm untergraben wird. Während Impfgegner laut Umfragen nicht mehr als 7 bis 8 Prozent der Bevölkerung ausmachen, stilisierte sie die Regierung zum Hauptproblem der Gesundheitspolitik. Dasselbe Schema nutzte sie auch in der Vergangenheit, als sie den „undisziplinierten jungen Menschen, die sich auf öffentlichen Plätzen treffen“ die Schuld für alles gab.

***

Während diese Zeilen geschrieben werden, kommen zum erfolglosen Umgang mit der Pandemie die tragischen Verluste durch die Waldbrände im ganzen Land hinzu. Diese Verluste sind kein Naturphänomen. Ganz im Gegenteil führen sie uns vor Augen, dass der Verbleib einer Regierung an der Macht, der jeglicher Sinn für öffentliches Interesse fehlt, schädlich für die Gesundheit ist. Zumindest wenn Gesundheit als Zustand des körperlichen, geistigen, sozialen und ökologischen Wohlbefindens definiert wird.

Dimosthenis Papadatos-Anagnostopoulos lebt in Thessaloniki. Er hat Philosophie, Politikwissenschaften und Soziologie an der Universität von Athen studiert und arbeitet an seiner Promotion zu Gesundheitspolitik. Übersetzung **Kostas Tsanakas**, Übersetzungslektorat **Theo Votsos**

8. März Kundgebung
2021
Foto: Giannis Panagopoulos

Wie Griechenland zum Polizeistaat wurde

Mit Mitsotakis als neuem Orbán hinter einer liberalen Maske folgt Griechenland eiligst dem Weg Ungarns. **Von Thanos Kamilalis**

Vor zwei Jahren führte die Partei des heutigen Premierministers Kyriakos Mitsotakis Wahlkampf unter der Losung „Recht und Ordnung", erklärte der „Gesetzeslosigkeit" den Kampf und versprach ihren Wählern „Sicherheit". Damals konnte sich allerdings kaum jemand vorstellen, was folgen würde. Zwei Jahre später ist Griechenland zu einem Polizeistaat geworden, zu einer europäischen Demokratie, die durch die Kombination der Folgen der Covid-19-Pandemie und einer autoritären Regierungsführung auf den Weg getrieben wird, den Ungarn und Polen geebnet haben. Am Tag, an dem Mitsotakis an die Macht kam, bekam auch die Polizei freie Fahrt.

„Das forderten wir, dass wir freie Hand bekommem", so Spyros Kriketos, der Sprecher einer Polizeigewerkschaft, im Dezember 2019. Diese Aussage blieb nicht ohne Reaktionen, schließlich hagelte es bereits sechs Monate nach dem Regierungswechsel Klagen über Polizeigewalt. Beleidigungen und Übergriffe gegen Frauen und Homosexuelle, die einfach nur an Polizist*innen vorbeigingen, Gewalt gegen Jugendliche auf großen Gedenkdemonstrationen, die Räumung von besetzten öffentlichen Gebäuden, die über Jahre leer gestanden hatten und nun Geflüchtete aufnahmen, und der Ausbau der Gegend von Exarcheia im Zentrum Athens zu einer Polizeifestung waren schon damals höchst beunruhigende Anzeichen.

Exarcheia wurde zur Zielscheibe gemacht

Exarcheia stellt ein ganz eigenes Kapitel im Kontext der Polizeigewalt dar. Diese zentral gelegene Nachbarschaft fährt seit Jahrzehnten einen klaren politischen Kurs, wobei sehr viele ihrer Bewohner dem linken und anarchistischen Spektrum angehören. Politische Events und Aktionen, Festivals, Cafés, Kneipen, Graffitis, Hausbesetzungen, die hunderten Geflüchteten ein Obdach bieten, häufige Auseinandersetzungen mit der Polizei, aber auch Drogenhandel auf der Straße fügen sich zu einem mitunter widersprüchlichen Bild zusammen. Bereits vor Jahren, als Mitsotakis noch in der Opposition war, hatte er in Exarcheia eine geeignete Zielscheibe gefunden, auf die er mit Unterstützung der allermeisten Medien seine Propaganda von angeblicher „Gesetzeslosigkeit" und „Unsicherheit" richtete. Im Wahlkampf hatte der heutige Premier versprochen, „Exarcheia zu säubern".

Infolgedessen gleicht die Nachbarschaft seit der letzten Wahl einem besetzten Gebiet. So sind auf den Bürgersteigen Polizeiwannen und Polizeieinheiten stationiert, die nicht für Verbrechensbekämpfung, sondern für Einsätze bei gewalttätigen Konflikten zuständig sind. Auf den Straßen Exarcheias, wie im gesamten Athener Zentrum, patrouillieren nun unter dem Namen „Omada Drasi" („Aktionsteam") sehr häufig auch die leichten Motorräder einer „neuen" Polizeieinheit. Diese war von der Vorgängerregierung abgeschafft worden, da ihre Mitglieder in eine Reihe von Polizeiübergriffen gegen Demonstrant*innen verwickelt waren, hauptsächlich während der Massendemonstrationen gegen den politischen Umgang mit der Wirtschaftskrise in den Jahren 2010-2013. Und schon wurden Dutzende Beschwerden gegen diese Einheit laut, wobei Rechtsanwälte sie mit einer „ganz gewöhnlichen kriminellen Bande" vergleichen.

Trotz starker Polizeipräsenz findet Drogenhandel jedoch weiterhin ungehindert in Exarcheia statt. Im Januar 2020 veranstalten Anwohner eine Kundgebung vor der örtlichen Polizeiwache und erhielten von dessen Leiter die Antwort, er habe den Befehl, politisch motivierte Straftaten und nicht das gemeine Verbrechen zu verfolgen. Gleichzeitig wurde auch eine Reihe von Fällen bekannt, in denen Bürger*innen aus dem Umfeld linker und anarchistischer Gruppen mit GPS-Tracking-Geräten überwacht wurden. Obwohl es diese Fälle bis vor das Parlament schafften und die gefundenen GPS-Wanzen die Behauptungen belegten, dementierte das zuständige Ministerium für Bürgerschutz den Gebrauch solcher Methoden.

Ebenso dementieren Regierung und Polizei die Anwendung von Folter, allerdings gibt es zahlreiche Indizien, die dagegen sprechen. So erklärte im November 2019 der Anarchist Lam- ▶

Anscheinend besteht die Lösung, welche die Regierung Mitsotakis für jedes Problem anzubieten hat, einfach in mehr Polizei.

pros Goulas, er sei von Polizeikräften in einer Garage gefoltert worden. Er sei ausgezogen, verprügelt und psychisch misshandelt worden, wobei einer der Polizisten ihn angeschrien haben soll: „Exarcheia steht unter einer Diktatur, Alter, merk dir das!" In Volos verprügelten im Juni 2020 Polizist*innen mitten auf der Straße den 26-jährigen Vasilis Mangos, der in der Bürgerinitiative gegen die Müllverbrennung durch ein Zementwerk aktiv war. Der Übergriff ist auf Video festgehalten worden, auf der Polizeiwache sei er weiter gefoltert worden. Ziemlich genau einen Monat später wurde Mangos tot aufgefunden. Laut seiner Familie sei der durch die Folterung verursachte psychische Druck ursächlich für seinen Tod gewesen, wobei die Ergebnisse der gerichtsmedizinischen Untersuchung verschollen sind. Im Mai 2021 ging der 21-jährige Aris Papazacharoudakis an die Öffentlichkeit und beschrieb detailliert seine Entführung und stundenlange Folterung (und die eines Freundes) durch Männer des „Amtes für Terrorbekämpfung" der Polizei, mit dem Ziel, ihm das Geständnis abzupressen, er sei der Urheber des Übergriffs auf einen Polizisten, den Unbekannte während einer Demonstration verübt hatten.

Corona-Pandemie forcierte repressiven Kurs

Die Pandemie beschleunigte die Verwandlung Griechenlands in einen Polizeistaat. So wurden Demonstrationen und einfache Zusammenkünfte unter Berufung auf nicht existierende Beschlüsse des Ausschusses für öffentliche Gesundheit verboten. Die Regierung verabschiedete eigens ein Gesetz, das die Abhaltung von Demonstrationen beschränkte und ihr Verbot per einfachem Polizeierlass erleichterte. Gleichzeitig wurde eine weitere, auf Demonstrationen spezialisierte Polizeieinheit geschaffen. Wie aus offiziellen Angaben über das dem Ministerium für Bürgerschutz unterstehende Personal hervorgeht, hat die Regierung Mitsotakis mitten in der Pandemie mehr Polizist*innen als Ärzte im öffentlichen Dienst eingestellt.

Polizeiwachen in Universitäten

Darüber hinaus bestehen Pläne, Polizeiwachen in Universitäten einzurichten, was ein europaweites Unikum wäre. Trotz aller Proteste der akademischen Gemeinschaft, der Studierenden, aber auch von Polizist*innen selbst, entschied das Kabinett Mitsotakis, eine weitere polizeiliche Spezialeinheit zu schaffen, die in den Universitäten angesiedelt sein wird. Mitsotakis hat die öffentlichen Universitäten wiederholt angegriffen und sie als „Herde der Gesetzeslosigkeit und Kriminalität" verleumdet. Vor dem Parlament ging er so weit zu behaupten: „Nicht die Polizei zieht in die Universitäten ein, sondern die Demokratie." Die Vorstellung von Polizeikräften auf dem Universitätsgelände ruft in Griechenland besonders schlimme Erinnerungen an die siebenjährige Obristendiktatur (1967-1974) wach. Seit der Wiederherstellung der Demokratie haben die Universitäten ihren stark politischen Charakter beibehalten: Bei allen großen Demonstrationswellen, die das Land erschüttert haben, waren Studierende Hauptakteure. Bilder von Polizeikräften, die auf Universitätsgelände vordringen und grundlos protestierende Studierende verprügeln, haben bereits für einen Aufschrei gesorgt.

Das wahre Ziel, das sich hinter dieser Maßnahme verbirgt, ist natürlich die Bekämpfung des politischen Charakters der Universitäten, wobei es sich die Regierung einiges kosten lässt: Rund 50 Millionen Euro pro Jahr sind für diese neue Polizeieinheit im Staatshaushalt eingeplant, mehr als die Hälfte der Finanzierung, welche die öffentlichen Universitäten als Zuschuss für ihren Bildungsauftrag vom Staat erhalten. Darüber hinaus ist Juristen zufolge die Maßnahme verfassungswidrig, wobei zu erwarten ist, wie auch aus Polizeikreisen zu vernehmen ist, dass sie mehr Probleme verursachen als lösen wird.

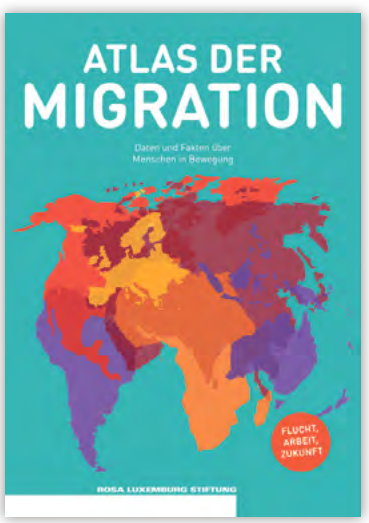
Anscheinend besteht die Lösung, welche die Regierung Mitsotakis für jedes Problem anzubieten hat, einfach in mehr Polizei. Ein Witz, der in letzter Zeit in Griechenland zu hören ist, lautet: „Das Ziel ist, das Coronavirus zu verprügeln, damit es abhaut." Die „entfesselten Hände" der Polizei werden von einer politischen Führung geschützt, die andauernd von „Einzelfällen" spricht, wodurch das alte Problem der Straffreiheit polizeilicher Übergriffe erneut aufgeworfen wird. In Griechenland kontrolliert sich die Polizei weitgehend selbst; sie wird von der Judikativen gedeckt und weigert sich, mit anderen Instanzen wie dem Ombudsmann zusammenzuarbeiten. Diese Straffreiheit ist eine „griechische Besonderheit", wie selbst ein vom zuständigen Minister Michalis Chrysochoidis einberufener Ausschuss festgestellt hat.

Vor diesem Hintergrund fällt positiv auf, dass auch mitten in der Pandemie die Reaktionen dynamisch ausfielen. Trotz aller Angst vor dem Corona-Virus und dem autoritären Vorgehen der Regierung mobilisierten Studierende mehrfach zu Protesten, wobei die Eskalation der Gewalt im vergangenen März zu einem lauten „Es reicht!" durch hunderttausende Menschen auf der Straße und in den sozialen Medien führte, was die Regierung Mitsotakis zu einem taktischen Rückzug zwang. Nur haben wir es in keinerlei Hinsicht mit Einzelfällen zu tun: Tausende Neueinstellungen bei Militär und Polizei, die Verlängerung des Militärdienstes, rechtswidrige Push-Backs von Geflüchteten in der Ägäis sowie polizeiliche Repression auf der Straße, bei Demonstrationen und in den Universitäten geben den Ton an. Mit Mitsotakis als neuem Orbán hinter einer liberalen Maske folgt Griechenland eiligst dem Weg Ungarns.

Thanos Kamilalis ist Journalist bei The Press Project und lebt in Athen. Übersetzung **Kostas Tsanakas**, Übersetzungslektorat **Theo Votsos**

ANZEIGE

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG



ATLAS DER MIGRATION

Daten und Fakten über Menschen in Bewegung

3. Auflage, 50 Seiten, Broschur, Dezember 2020

DE **Download und kostenlose Bestellung unter: www.rosalux.de/atlasdermigration**

EN **Download und kostenlose Bestellung unter: www.rosalux.de/atlasofmigration**

Weitere Publikationen unter rosalux.de

Elina Sarantou, Aggeliki Theodoropoulou

GESTRANDETE KINDER

Exklusion und Ausbeutung unbegleiteter Minderjähriger (UAM) in Griechenland, Spanien und Italien

Eine vergleichende Studie, 70 Seiten, Broschur, Februar 2020, ISBN 978-618-84465-8-8

Download unter: www.rosalux.de/publikation/id/41693

Protest-Performance gegen die Räumung des besetzten autonomen Theaters EMBROS
Foto: Giannis Panagopoulos

Eklatanter Missbrauch des Rechtssystems

Kriminalisierung als Instrument der Migrationskontrolle auf Lesbos. **Von Elli Kriona Saranti, Effie Doussi und Vassilis Kerasiotis**

Die Aufgabe des Strafrechtssystems in Rechtsstaaten ist es, Personen zu bestrafen, die Anderen oder der Gesellschaft insgesamt durch Gesetzesverstöße Schaden zufügen. Unsere Erfahrungen auf der Insel Lesbos haben jedoch gezeigt, dass die strafrechtliche Verfolgung von Migrant*innen eher der Einwanderungskontrolle und Abschreckung dient als der Kriminalitätsbekämpfung oder allgemeiner der Einhaltung des Strafrechts.

Die folgenden Beobachtungen beschränken sich auf Fälle ab 2017, in denen wir selbst als Anwält*innen tätig wurden, und lassen sich einer von zwei Kategorien zuordnen, die jeweils für einen bestimmten „Trend" in der Kriminalisierung stehen. Da detaillierte Ausführungen den Rahmen dieses Artikels sprengen würden, sei lediglich darauf verwiesen, dass die meisten der folgenden Fälle zudem durch schwerwiegende Verstöße gegen das Recht auf ein faires Verfahren gekennzeichnet waren.

1. Verfolgung von Handlungen, die für sich genommen keinen Straftatbestand erfüllen

Eine verbreitete Erscheinungsform der ersten Tendenz ist die strafrechtliche Verfolgung von Seenotrettungsorganisationen wegen angeblicher Bildung eines kriminellen Schleusernetzwerks, Spionage und Verletzung von Staatsgeheimnissen. Ein solcher Fall ist der noch beim Untersuchungsrichter liegende Fall der NGO ERCI aus dem Jahr 2018. Die Ermittlungen und die strafrechtliche Verfolgung dieser Fälle gehen in der Regel mit triumphalen Presseerklärungen und Pressekonferenzen der Polizei sowie mit der Weitergabe personenbezogener Daten der Angeklagten einher, was gegen die Grundsätze der Geheimhaltung von Ermittlungsverfahren und der Unschuldsvermutung verstößt.

Die Jahre 2017 und 2018 waren von einer systematischen Verfolgung der Proteste von Migrant*innen auf dem Sappho-Platz, dem Hauptplatz der Insel, geprägt. In drei von uns betreuten Fällen wurden Geflüchtete, die gegen die unmenschlichen, erniedrigenden Bedingungen im Lager Moria protestiert hatten, willkürlich wegen der Besetzung des öffentlichen Raums, unerlaubten Zeltens und damit verbundener Vergehen wie Ungehorsam und Widerstand gegen die Staatsgewalt angeklagt. Zwei Angeklagte wurden schließlich von allen Vorwürfen freigesprochen, in einem Fall läuft das Verfahren noch.

Darüber hinaus kam es im März 2020, nachdem die Regierung aufgrund der Krise an der griechisch-türkischen Grenze per Notverordnung den Zugang zur Asylbeantragung für einen Monat ausgesetzt hatte, zu einem exponentiellen Anstieg der strafrechtlichen Verfolgung von Asylsuchenden wegen „illegaler Einreise". Viele von ihnen wurden bei ihrer Ankunft verhaftet, aufgrund des Umstands, „auf frischer Tat ertappt" worden zu sein, vor Gericht gestellt und zu Haftstrafen von dreieinhalb bis vier Jahren verurteilt. Andere warten noch auf ihren Prozess, konnten jedoch auf Druck der EU-Kommission schließlich einen Asylantrag stellen.

Im Februar 2021 versuchte eine 27-jährige schwangere Frau sich das Leben zu nehmen, indem sie sich im neuen Flüchtlingslager Kara Tepe auf Lesbos in Brand setzte. Dabei erlitt sie zahlreiche Verletzungen. Die Frau und ihre Familie hatten über ein Jahr lang unter unmenschlichen Bedingungen im Lager Moria und danach in Kara Tepe gelebt. Für diese Verzweiflungstat wurde sie der vorsätzlichen Brandstiftung, der Gefährdung des Lebens und Eigentums anderer sowie der Beschädigung öffentlichen Eigentums (des Zeltes) mittels Feuers angeklagt. Das Verfahren liegt noch beim Untersuchungsrichter.

*Unsere Erfahrungen auf der Insel Lesbos haben jedoch gezeigt, dass die strafrechtliche Verfolgung von Migrant*innen eher der Einwanderungskontrolle und Abschreckung dient als der Kriminalitätsbekämpfung oder allgemeiner der Einhaltung des Strafrechts.*

All diesen Fällen ist gemein, dass Handlungen strafrechtlich verfolgt werden, die für sich genommen keine Straftat darstellen.

Insbesondere im Hinblick auf Verfahren wegen Such- und Rettungsmaßnahmen ist hervorzuheben, dass die Rettung von Menschen in Seenot nicht nur eine moralische Pflicht, sondern nach nationalem wie internationalem Recht auch eine gesetzliche Verpflichtung ist (siehe z. B. die SOLAS-, SRÜ- und SAR-Abkommen).

Im Fall der Demonstrationen auf dem Sappho-Platz haben die Angeklagten lediglich ihr international und national anerkanntes Menschenrecht auf Protest ausgeübt. „Öffentliche Proteste und die allgemeine Versammlungsfreiheit sollten als eine ebenso legitime Nutzung des öffentlichen Raums angesehen werden wie die gebräuchlicheren Zwecke, für die der öffentliche Raum genutzt wird (wie etwa kommerzielle Aktivitäten oder der Fußgänger- und Fahrzeugverkehr)" (OSZE/ODIHR, Internationale Leitlinien der Venedig-Kommission zur Versammlungsfreiheit). In diesem Sinne lässt sich auch einwenden, dass die Straftatbestände des Ungehorsams oder des Widerstands gegen die Staatsgewalt nicht erfüllt sind, da die Anweisung der Behörden, den Platz zu räumen, nicht rechtmäßig war, sondern einen unzulässigen Eingriff in das Recht auf Protest darstellte. Nach internationalem Recht sind staatliche Behörden, wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in seinen Urteilen bestätigt hat, dazu verpflichtet, das Recht auf Protest nicht nur zu achten, sondern friedliche Proteste sogar zu erleichtern und zu schützen.

Was die „illegale Einreise" betrifft, so beinhaltet der Artikel 31 der Genfer Flüchtlingskonvention die eindeutige Bestimmung, dass die Vertragsstaaten keine Strafen wegen unrechtmäßiger Einreise oder Aufenthalts gegen Asylsuchende verhängen dürfen. Die Tatsache, dass die griechischen Behörden im März 2020 den Zugang zum Asylverfahren ausgesetzt haben, ändert daran nicht das Geringste. Schließlich ist die Anerkennung des Flüchtlingsstatus eine schlichte Feststellung, oder in den Worten des UNHCR: „Eine Person wird nicht aufgrund der Anerkennung ein Flüchtling, sondern die Anerkennung erfolgt, weil die Person ein Flüchtling ist."

Zu der versuchten Selbstverbrennung schließlich ist anzumerken, dass Suizid nach griechischem Recht nicht strafbar ist, da er an sich kein fremdschädigendes, unzulässiges Verhalten darstellt. Statt der strafrechtlichen Verfolgung wäre eine angemessene staatliche Reaktion gewesen, der Betroffenen menschenwürdige Lebensbedingungen und psychosoziale Unterstützung zu bieten.

Es besteht jedoch kein Zweifel daran, dass die strafrechtliche Verfolgung dieser Fälle eine entscheidende Rolle bei der staatlichen Strategie von Einwanderungskontrolle und Abschreckung gespielt hat. Obwohl bislang keine Seenotretter*innen verurteilt wurden, haben die Verfahren gegen NGOs wie ECRI fraglos eine einschüchternde Wirkung auf die Zivilgesellschaft gehabt: Trotz der weit verbreiteten und ausführlich dokumentierten Push-Back-Politik an der griechischen Grenze unternimmt derzeit keine NGO Such- und Rettungsaktionen vor Lesbos. Die Kriminalisierung solcher Aktionen als „Menschenschmuggel" und die sie flankierenden Pressekampagnen zielen darauf ab, Schleuserei als Hauptursache für unkontrollierte Einwanderung zu konstruieren, deren Verfolgung eine „Erfolgsgeschichte" sei. Auf diese Weise wird die Öffentlichkeit von der Militarisierung der Grenzen und dem Mangel an legalen Migrationswegen abgelenkt.

Auch die strafrechtliche Verfolgung von Demonstrationen auf dem Sappho-Platz hat eindeutig abschreckend gewirkt – seit 2018 haben dort keine nennenswerten Proteste von Migrant*innen gegen die staatliche Politik mehr stattgefunden. Die griechische Regierung und die Justiz haben zudem recht offen erklärt, dass die strafrechtliche Verfolgung „illegaler Einreisen" dem Ziel der Abschreckung von Migrant*innen dient (siehe etwa die Erklärungen des griechischen Premierministers vom 1. März 2020 und der Bericht des Europaratsausschusses zur Verhütung von Folter an die griechische Regierung vom November 2020). Der Suizidversuch der jungen Frau schließlich stellte eine Verzweiflungstat als Ausdruck krimineller Absichten dar und lenkte so davon ab, dass der Staat seiner Pflicht, Asylbewerber*innen angemessene Lebensbedingungen zu gewähren, nicht nachkommt. Schließlich hat sich dieser Fall nicht in einem politischen Vakuum abgespielt – er ereignete sich nur wenige Monate nach der Brandstiftung, die das Lager Moria im September 2020 vollständig zerstörte.

2. Unverhältnismäßige Verfolgung von Vergehen als Verbrechen

Seit 2017 konnten wir des Weiteren das Phänomen der unverhältnismäßigen Strafverfolgung beobachten. Im Fall der „Moria 35" wurden 35 Männer von der Polizei brutal verhaftet und wegen schwerer Brandstiftung, gefährlicher Körperverletzung, Sachbeschädigung und Widerstands gegen die Staatsgewalt angeklagt. Die Straftaten sollen angeblich im Juli 2017 während der Proteste im Lager Moria begangen worden sein. Während des Prozesses, der etwa neun Monate später stattfand, wurden alle Angeklagten vom Vorwurf der Brandstiftung mit dem Vorsatz, fremdes Leben zu gefährden – nach griechischem Strafrecht ein Verbrechen –, freigesprochen. Drei von ihnen wurden darüber hinaus von sämtlichen Vorwürfen freigesprochen und die übrigen 32 nur wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilt, aber auf Bewährung aus der Haft entlassen.

In ähnlicher Weise wurden 15 Männer, die im Abschiebegefängnis PROKEKA des Lagers Moria inhaftiert waren, 2018 aufgrund des Vorwurfs einer Gefängnisrevolte (ein Verbrechen) und der Zerstörung öffentlichen Eigentums angeklagt und in Untersuchungshaft genommen. Bei der Verhandlung wurden zwei von ihnen von allen Anklagepunkten freigesprochen und bei den übrigen der Vorwurf der Gefängnisrevolte in „Ungehorsam" (ein bloßes Vergehen) umgewandelt. Schließlich wurden zwölf der Angeklagten nur wegen Ungehorsams verurteilt und einer sowohl wegen Ungehorsams als auch wegen Beschädigung öffentlichen Eigentums. Sie erhielten jedoch alle Bewährungsstrafen und wurden aus der Haft entlassen.

Aufgrund von Verjährung wurde keiner der Fälle in zweiter Instanz verhandelt, so dass die Verfahren inzwischen eingestellt wurden.

Ein ähnliches Muster ist auch beim Fall von 19 Männern erkennbar, die einen Tag nach Auseinandersetzungen im Lager Moria im Juli 2018 in Untersuchungshaft kamen. Die Anklage lautete auf Brandstiftung mit dem Vorsatz, fremdes Leben und Eigentum zu gefährden (ein Verbrechen), schwere Sachbeschädigung, gefährliche Körperverletzung, tätliche Angriffe auf Polizist*innen, Mitführen und Verwenden von Waffen jeglicher Art sowie Aufruhr und Widerstand gegen die Staatsgewalt. Bei der Verhandlung etwa 15 Monate später wurden alle Betroffenen von den ersten drei Anklagepunkten freigesprochen und wegen der übrigen zu acht Jahren Haft verurteilt.

Verstoßen Migrant*innen gegen das Gesetz, dann ist eine derart unverhältnismäßige Strafverfolgung die Regel. Die Staatsanwaltschaft entscheidet sich gewöhnlich dafür, sie wegen schwerer Straftaten anzuklagen, wodurch die Anordnung von Untersuchungshaft ermöglicht wird. Bei den üblicherweise Monate später stattfindenden Gerichtsverhandlungen werden die gravierendsten Anklagepunkte dann zumeist fallengelassen oder in bloße Vergehen umgewandelt. Diese Politik, und insbesondere die Maßnahme der Untersuchungshaft, dient nicht nur dem Ziel der Abschreckung von Migrant*innen, sondern soll auch das Narrativ untermauern helfen, dass geschlossene Lager und eine verstärkte Überwachung der migrantischen Bevölkerung für die Sicherheit des Aufnahmelandes unabdingbar seien.

Elli Kriona Saranti, **Effie Doussi** und **Vassilis Kerasiotis** arbeiten als Rechtsanwält*innen für die Organisation HIAS in Griechenland. Übersetzung **Camilla Elle** / **Felix Kurz** (Gegensatz Translation Collective), Übersetzungslektorat **Sebastian Landsberger** (lingua transfair)

Nicht in Griechenland im Jahr 2021!

Das neue Arbeitsgesetz: 8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Ruhe, 8 Stunden Schlaf?

Seit dem vergangenen 16. Juni ist in Griechenland allein mit den Stimmen der regierenden Nea Dimokratia (ND) ein Arbeitsgesetz in Kraft getreten, das Arbeitende eines Teils ihrer fundamentalen und vor Jahrhunderten erkämpften Rechte beraubt.

Und dies trotz Streiks und Demonstrationen der arbeitenden Bevölkerung, trotz der Ablehnung durch alle Oppositionsparteien, trotz der offenen Ablehnung der sonst sehr zurückhaltenden Vereinigung der Richter und Staatsanwälte Griechenlands, und zwar unter Verweis auf verfassungsrechtliche Bedenken, und trotz eines Berichts des wissenschaftlichen Ausschusses des Parlaments, in dem der Kern des Gesetzes in Frage gestellt wurde, da individuelle Arbeitsverträge über einen 10-Stunden-Tag nicht mit dem Arbeitsrecht vereinbar seien.

Wie die Zeitung „Guardian" es ausdrückte: Dieses neue Arbeitsgesetz wird das Arbeitsleben in Griechenland in seinen Grundfesten erschüttern.

Hier noch einmal eine Zusammenfassung der wichtigsten Punkte des Gesetzes:

- Auf Basis individueller Arbeitsverträge (im Gegensatz zu Tarifverträgen) kann zwischen Arbeitgeber*in und Arbeitnehmer*in ein 10-Stunden-Tag vereinbart werden. Da beide Parteien per se eine ungleiche Stellung einnehmen, gibt dieses Gesetz Unternehmen die Freiheit, neuen Mitarbeiter*innen den eigenen Willen aufzuzwingen.
- Überstunden müssen nicht ausgezahlt werden und können stattdessen mit freien Tagen verrechnet werden.
- Überstunden werden auf nunmehr 150 Stunden im Jahr begrenzt (statt auf 120) und der Zuschlag pro Überstunde (insofern sie bezahlt und nicht mit freien Tagen verrechnet wird) beträgt jetzt 40 % statt wie bislang vom Gesetz vorgesehen 60 %. Das Parlament ist aufgrund eigener Berechnungen zum Schluss gekommen, dass Angestellte, die früher mit einem Lohn von 900 Euro für 120 Überstunden 958 Euro bekommen hätten, jetzt für 150 Überstunden gerade einmal 843 Euro bekämen.
  Es liegt auf der Hand, dass damit der 8-Stunden-Tag abgeschafft und das Lohnniveau gesenkt wird.
- In Fällen, in denen Angestellte vor Gericht bestätigt bekommen, dass ihre Kündigung nicht rechtens war, ist das Unternehmen
  a) nicht länger gezwungen, die entsprechende Person wieder einzustellen, und
  b) braucht es nur einen kleinen Teil der ausstehenden Vergütung zu zahlen, statt für alle Monate, die die Person unverschuldet arbeitslos war.
- Für bestimmte Dienste gilt, dass im Fall eines Streiks ein Drittel des Personals die Arbeit als „Sicherheitspersonal" aufrechterhalten muss, womit die Wirkung des Streiks praktisch aufgehoben wird. Zudem ist bei Abstimmungen über einen Streik in privaten Betrieben jetzt eine elektronische Stimmabgabe verpflichtend. Deshalb haben sich sowohl die Opposition als auch der wissenschaftliche Ausschuss des Parlaments gegen diese Bestimmung gestellt, da ein solches System anfällig für Manipulationen sei und Unternehmen damit Kenntnis über das Abstimmungsverhalten einzelner Mitarbeiter*innen erlangen könnten.

Premierminister Kyriakos Mitsotakis verteidigte das Gesetz energisch im Parlament und griff dabei auf Orwellsche Formulierungen zurück. Hier ein paar Zitate:

- „Dieses Gesetz ist arbeitnehmerfreundlich und in seinem Kern zutiefst entwicklungsorientiert."
- Die Abschaffung des 8-Stunden-Tages sei ein Mythos und wer auch immer diese Ansicht unterstütze, „vergeht sich an der griechischen Sprache und an jeglicher gesellschaftlicher und politischer Logik, da (der 8-Stunden-Tag) von Artikel 55 geschützt ist und seine Abschaffung nur möglich wäre, wenn der Staat Europa verlässt".
- „Streiks unterscheiden sich von Gesetzesbrüchen." Dieses Gesetz „führt Regeln in den Dschungel ein und lässt uns die mittelalterlichen Zustände überwinden". Des Weiteren gälte in Bezug auf Streiks: „Angestellte wie Nicht-Angestellte zugleich sind über Streiks erzürnt, die, obgleich sie allzu oft als unrechtmäßig erklärt werden, dennoch stattfinden und von Wenigen zulasten der Vielen umgesetzt werden."

Diese Orwellsche Argumentation auf die Spitze treibend, kommentierte der ND-Abgeordnete Miltos Chrysomallis das Gesetz im Parlament mit den Worten, dass, wenn wir Arbeitsminister Kostis Hatzidakis wirklich kritisieren wöllten, „sich über ihn sagen ließe – und das ist wahr –, dass er im Grunde die Theorien von Bakunin anwendet". Ja, richtig gelesen. Er nahm tatsächlich Bezug auf den anarchistischen Theoretiker Michael Bakunin. „Denn er verbessert die Arbeitsbedingungen …"

Wir haben keine Zweifel, dass sich Bakunin bei diesen Worten sicher im Grab umdreht.

Am Tag nach der Verabschiedung des Gesetzes griff Minister Hatzidakis erneut die Gewerkschaften an und drohte ihnen: „Wir haben eine zivilrechtliche Haftung für Gewerkschafter eingeführt, die bei einem Streik gegen Gesetze verstoßen. Gewerkschafter können nicht einfach tun und lassen, was sie wollen, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden", sagte er. Den Orwellschen Duktus der Regierung aufgreifend, fügte er hinzu, dass das neue Gesetz „die Angestellten und die Wirtschaft stärkt", da ND darüber im Bilde sei, „was in entwickelten Ländern geschieht".

Wobei „entwickelte Länder" eigentlich „versklavte Kolonien" meint.

Unterdessen ist der offenkundige Versuch, die Passagiere gegen den Streik vom 16. Juni am Hafen von Piraeus aufzuhetzen, komplett gescheitert. In Interviews gaben Passagiere an, dass das Schifffahrtsunternehmen sie am Vortag darüber benachrichtigt hätte, dass die Schiffe nach Plan auslaufen würden. Als sie dann jedoch am Hafen ankamen, hätten sie bemerkt, dass die Schiffsangestellten sich im Streik befanden.

„Wir sind nicht gegen die Arbeiter, wir sind gegen Schiffseigner, die uns nicht korrekt informieren […]. Wir sind nicht gegen die Menschen, die streiken. Wir sind alle Arbeiter, und dieses Gesetz ist totaler Mist", sagte eine Frau. Und damit sprach sie aus, was die meisten Schiffspassagiere dachten.

Und das waren die guten Nachrichten des Tages.

Auszug aus dem Newsletter von AthensLive vom 19.06.2021. AthensLive ist ein englischsprachiges Non-Profit Nachrichten-Portal in Athen. Übersetzung/Lektorat **Sebastian Landsberger** / **Cornelia Gritzner** (lingua transfair)

Demonstration am Weltflüchtlingstag 2021 vor dem Camp Malakasa
Foto: Marios Lolos

Gesellschaftlicher Rechtsruck

Die griechische Linke und die konservative Hegemonie. **Von Yannis Albanis**

In welchem Zustand befindet sich heute die griechische Linke, zwei Jahre nach dem Wahlsieg der konservativen Neuen Demokratie (Nea Dimokratia) unter Kyriakos Mitsotakis? Bevor wir uns mit der Beantwortung dieser Frage befassen, ist es sinnvoll zu klären, was wir unter dem Begriff griechische Linke verstehen, um Verwirrung unter den nicht mit der griechischen Politik vertrauten Leser*innen vorzubeugen.

Vorausgeschickt sei also Folgendes:

a) In Griechenland wird traditionell unter dem Begriff Linke das politische Spektrum links der Sozialdemokratie verstanden. Der Begriff bezieht sich meistens auf Parteien mit kommunistischem Bezug.
b) Nach der Unterzeichnung des Memorandums durch die Koalition der radikalen Linken (Syriza) ist umstritten, ob Syriza überhaupt noch zur Linken gehört. Die Parteien, die links von Syriza stehen, zählen die ehemalige Regierungspartei meistens nicht mehr zum linken politischen Spektrum, wobei diese Tendenz in letzter Zeit etwas abnimmt.
c) Parteiintern ist die ideologische Identität von Syriza ebenfalls ein Politikum. Die offene Frage lautet, ob Syriza zur Linken oder zum sogenannten progressiven Spektrum gehört, zu dem sowohl Mitte-Links- wie linke Kräfte gezählt werden. Zum inneren Gleichgewicht findet die Partei, indem sie sich auf beide Begriffe beruft. Bezeichnend ist in diesem Sinne auch ihre Namensänderung in Koalition der Radikalen Linken – Progressive Allianz.
d) Nach Syrizas Aufschwung neigt die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) dazu, den Begriff Linke zu vermeiden.

Unter den typischen Bedingungen der politischen Geographie ist es methodologisch richtig, Syriza in einen Artikel über die griechische Linke miteinzubeziehen.

Die negative Assoziation

Wie auch immer die griechische Linke definiert wird, sie hat mit der andauernden Überlegenheit der Nea Dimokratia und von Kyriakos Mitsotakis zu kämpfen. Trotz wachsendem Unmut gegenüber der aktuellen Regierung, der durch ihr Unvermögen, die katastrophalen Waldbrände im vergangenen Sommer unter Kontrolle zu bringen, seinen Höhepunkt erreichte, steht die Nea Dimokratia in der Wähler*innengunst weiterhin klar vor Syriza.

Bei einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Prorata, die am 30. August 2021 veröffentlicht wurde, erhielt die Nea Dimokratia 33 Prozent (-1,5 im Vergleich zur vorherigen Umfrage), Syriza 25 Prozent (+0,5), die Bewegung für den Wandel (KINAL, vormals Panhellenische Sozialistische Bewegung – PASOK) 6,5 Prozent (-0,5), die KKE 4,5 Prozent (+0,5), die rechtspopulistische Griechische Lösung (Elliniki Lysi) 3,5 Prozent (+0,5) und Yanis Varoufakis´ Front des europäischen realistischen Ungehorsams (MeRA25) 2 Prozent (- 0,5) der Wählerzustimmung. Zu ähnlichen Ergebnissen kommen auch alle anderen Meinungsforschungsinstitute, wobei es Varoufakis' Partei bei deren Umfragen meist über die 3-Prozent-Hürde für den Einzug ins Parlament schafft. Die Umfragen zeigen aber eindeutig, dass Mitsotakis die nächsten Wahlen klar gewinnen wird, unabhängig davon, wann diese abgehalten werden. Dass es die Nea Dimokratia jedoch schafft, erneut eine Einparteienregierung zu bilden, ist zu bezweifeln.

Betont sei in diesem Zusammenhang, dass die nächsten Wahlen aller Voraussicht nach aus zwei Wahlgängen bestehen werden, was das politische Spiel verkompliziert. Zuerst werden sie nach einem einfach proportionalem Wahlsystem abgehalten und, falls es zu keiner Regierungsbildung kommt (wovon auszugehen ist), wird es zu Neuwahlen mit einer die stärkeren Parteien begünstigenden Verhältniswahl kommen. In diesem Fall muss der Wahlsieger für die Bildung einer Einparteienregierung ein Ergebnis von knapp 40 Prozent erzielen.

Syriza in einer schwierigen Situation

Zwei Jahre nach den letzten Wahlen befindet sich Syriza in einer schwierigen Situation. So kann die Nea Dimokratia ihren klaren Vorsprung in der Wählergunst aufrechterhalten, während Syriza laut Meinungsforschern mit knapp 30 Prozent ein schlechteres Ergebnis als bei den Wahlen von 2019 vorausge-

sagt wird (31,53 %). Die qualitativen Daten der Umfragen machen die Aussichten noch düsterer. Syriza wird im Vergleich zur Nea Dimokratia in viel geringerem Maße die Regierungsführung zugetraut, während die Popularität von Alexis Tsipras weit hinter jener von Kyriakos Mitsotakis hinterherhinkt.

Für diesen Rückstand von Syriza und Tsipras gibt es sechs Hauptgründe:

1. Die Nea Dimokratia ist nicht nur politisch überlegen, sondern hat auch die ideologische Hegemonie inne. Nach dem Scheitern des linken Regierungsprojekts unter Syriza hat die griechische Gesellschaft einen Rechtsruck vollzogen. Bereits 2017 bemerkte der angesehene Politikwissenschaftler Giannis Mavris: „Die Hinwendung der griechischen Gesellschaft zum Konservatismus ist offenkundig, und zwar nicht nur auf der Ebene der Wählerpräferenzen, sondern auch – viel wichtiger – im Gebiet der Ideologie." Mit anderen Worten: die politische Überlegenheit der Nea Dimokratia kann durchaus auf ein ideologisches Fundament zurückgreifen.
2. Syriza ist es nicht gelungen, die sogenannte Anti-Syriza-Front zu brechen, trotz aller Risse, die auf dieser erschienen sind. Diese Front hatte sich im Zeitraum zwischen 2010 und 2019, und ganz besonders zur Zeit des Referendums von 2015, parallel zu Syrizas atemberaubenden Aufschwung, gebildet. Sie besteht nicht nur aus der traditionellen Wählerschaft der Nea Dimokratia, sondern auch aus rechten bis rechtsextremen Kräften und solchen, die dem sogenannten extremen Zentrum angehören. Die Nea Dimokratia ist zum politischen Ausdruck dieser Anti-Syriza-Front geworden, die nicht nur Tsipras verabscheut, sondern auch alles tatsächlich oder vermeintlich Progressive.
3. Syriza hat sich nie kritisch mit der eigenen Regierungsführung auseinandergesetzt, die mit der durch die Memoranden aufgezwungene Austerität gleichgesetzt wird; zugleich hatte sie sich nicht gerade durch Verwaltungskompetenz ausgezeichnet.
4. Syriza und Tsipras haben keine methodische Strategie zur Wiederherstellung ihrer Glaubwürdigkeit verfolgt, die durch ihre Kehrtwende bei der Unterzeichnung des Memorandums unterminiert wurde.
5. Syrizas Oppositionstaktik ist nicht kohärent; vielmehr scheint die Partei zwischen ihrer kämpferischen radikalen Vergangenheit und ihrem durch die Parteiführung unterstützten Kurswechsel in Richtung politische Mitte zu schwanken. Entsprechend unklar ist ihr programmatischer Vorschlag.
6. Unmittelbar nach den letzten Wahlen brach eine heftige innerparteiliche Auseinandersetzung zwischen den Unterstützer*innen des Parteivorsitzenden und dem Sammelbecken der parteiinternen Opposition, dem so genannten „Regenschirm", aus. Obwohl der Ton mittlerweile wieder moderater ist, trug das Image der Partei Schaden davon. Bemerkt sei, dass die innerparteiliche Opposition aus den vor kurzem abgehaltenen Wahlen für die Parteiorganisationen auf Präfekturebene gestärkt hervorgegangen ist.

Die Bemühungen der Nea Dimokratia, im Zusammenspiel mit mächtigen Medienunternehmen Syriza so sehr zu schaden, dass sie nicht mehr als Volkspartei in Erscheinung tritt, sind jedoch ins Leere gelaufen. Syriza ist weiterhin, mit großem Abstand vor der KINAL, der unbestrittene zweite Pol des griechischen politischen Systems.

Eine progressive Regierung

Säule des politischen Plans von Syriza ist die Bildung einer progressiven Regierung, welche die Nea Dimokratia ablösen soll. Auf dem programmatischen Parteitag erklärte Alexis Tsipras am 7. Juli 2021: „Jeder Bürger dieses Landes soll wissen, dass für den Fall, dass Syriza – Progressive Allianz als erste Kraft aus den kommenden Wahlen hervorgeht, das Land am nächsten Tag eine Regierung haben wird. Es wird eine neue, starke, progressive Regierung haben."

Mit dem Begriff progressive Regierung ist eine Koalitionsregierung aus Syriza, KINAL und eventuell MeRA25 gemeint. Sowohl die KINAL wie MeRA25 stehen diesem Vorschlag ablehnend gegenüber. Insbesondere bei der KINAL werden die Koalitionsoptionen der Partei erst nach der parteiinternen Wahl des Parteivorsitzenden geklärt. Ein Teil der Wählerschaft der KINAL steht der Nea Dimokratia und ein anderer Syriza näher. Somit ist es keineswegs sicher, dass die Einheit der Partei nach der Wahl ihres Vorsitzenden keine Risse davontragen wird.

Die KKE hat sich in den letzten Jahren bei einer Wählerzustimmung von rund 5 Prozent stabilisiert. In den Jahren des Aufschwungs von Syriza geriet die Partei unter Druck. Nach der Unterzeichnung des Memorandums durch Syriza erschien die KKE in ihrer Position und in ihrem Selbstbewusstsein gestärkt. Das scheint ihr jedoch keinen Gewinn an Wählerstimmen einzubringen (bei den Wahlen vom September 2015 erreichte sie 5,55 Prozent, bei denen vom Juli 2019 5,30 Prozent der Wählergunst).

Nach ihrer Spaltung im Jahr 1991 besteht die KKE auf einer Politik der Eigenständigkeit ohne Kooperationen mit anderen politischen Kräften. Nach dem Verbot der Demonstration zum Gedenken an den Aufstand des Athener Polytechnikums während der Obristendiktatur am 17. November 2020 rief die KKE zum ersten Mal weitere Oppositionskräfte zu einer Zusammenarbeit auf. Weitere Schritte in diese Richtung blieben jedoch aus.

Auf ihrem 21. Parteitag, der vom 25. bis 27. Juni 2021 abgehalten wurde, bestätigte die KKE die Weiterführung ihres eigenständigen Kurses. Im politischen Beschluss des Parteitags ▶

Wie auch immer sie definiert und abgegrenzt wird, ist die griechische Linke weiterhin stark und eindeutig stärker als die Linke in anderen Ländern.

ANZEIGE

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Hilary A. Moore

DIE WELT LÄUFT HEISS, EUROPAS RECHTE LÄUFT SICH WARM

Wie die rassistische Rechte die Klimakrise für sich nutzt und was wir dagegen tun können

101 Seiten, Broschur, Mai 2020

Download und kostenlose Bestellung unter:
www.rosalux.eu/klimagerechtigkeit

Weitere Publikationen unter rosalux.de

Laura Roth, Irene Zugasti Hervás, Alejandra de Diego Baciero

DIE POLITIK HIER UND HEUTE FEMINISTISCHER MACHEN!

Diskussionen und Tools der munizipalistischen Bewegung

192 Seiten, Broschur, Oktober 2020

Download und kostenlose Bestellung unter:
www.rosalux.eu/feminismus-toolkit

ist zu lesen: „Heute wird klarer, dass alle bürgerliche Parteien in grundlegenden strategischen Entscheidungen der bürgerlichen Klasse einen gemeinsamen Kurs fahren." Mitglieder des durch den 21. Parteitag gewählten neuen Zentralkomitees sind auch viele jüngere Parteifunktionäre, also Menschen, die der Partei erst nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus beigetreten sind.

Die Bemühungen der Nea Dimokratia, im Zusammenspiel mit mächtigen Medienunternehmen Syriza so sehr zu schaden, dass sie nicht mehr als Volkspartei in Erscheinung tritt, sind jedoch ins Leere gelaufen. Syriza ist weiterhin der unbestrittene zweite Pol des griechischen politischen Systems.

MeRA25

Die durch den Finanzminister der ersten Syriza-geführten Regierung Yanis Varoufakis gegründete Partei ist darum bemüht, sich organisatorisch aufzustellen und ihren Wirkungsradius in der Gesellschaft auszuweiten. Bei den letzten Parlamentswahlen ist MeRA25 mit einem Ergebnis von 3,45 Prozent nur knapp über die Hürde der 3 Prozent gekommen, die zum Einzug in das Parlament erforderlich sind. Es ist nicht sicher, aber durchaus wahrscheinlich, dass die Partei den Einzug ins Parlament erneut schafft. Varoufakis bemüht sich, neben seiner identitätsstiftenden Opposition zur Wirtschaftspolitik der EU seine politische Agenda zu erweitern und baut Brücken zu den sozialen Bewegungen und zur politisch radikalen Jugend.

Am 4. Juni 2021 schloss Varoufakis seine Rede zum 1. Beratenden Parteitag von MeRA25 mit folgenden Worten: „Unser erstes Wahlkampfversprechen war, einen frontalen Kampf gegen das parasitäre Regime aufzunehmen, das die Nea Dimokratia auf Syrizas 4. Memorandum aufbaut. Dieses Versprechen haben wir innerhalb und außerhalb des Parlaments eingehalten."

Die außerparlamentarische Linke

Stark verankert ist die außerparlamentarische Linke in Griechenland traditionell in den Universitäten und Jugendbewegungen, auf nennenswerte Wahlergebnisse kann sie indes nicht verweisen.

Bei den letzten Wahlen hat die Antikapitalistische Linke Zusammenarbeit für den Umsturz (ANTARSYA), die größte Partei der außerparlamentarischen Linken, ein Ergebnis von 0,41 Prozent erzielt. Die zu großen Teilen aus im Sommer 2015 ausgetretenen ehemaligen Syriza-Mitgliedern bestehende Volkseinheit (Laiki Enotita) hatte bei den Wahlen vom September 2015 noch ein Ergebnis von 2,86 Prozent erreicht, womit sie um wenige tausend Stimmen den Einzug ins Parlament verpasste. Danach nahm ihr Einfluss drastisch ab, was in einem Ergebnis von gerade einmal 0,28 Prozent bei den letzten Wahlen einen deutlichen Ausdruck fand.

Die Laiki Enotita hat gemeinsam mit anderen Organisationen (Kräftemessen (Anametrisi), Linke Neuformierung (ARAN), Linker antikapitalistischer Zusammenschluss (ARAS), Internationalistische Arbeiterlinke (DEA), Intervention (Paremvasi), Treffen (Synantisi), Zeitgenössischer kommunistischer Plan (Sygchrono Kommounistiko Schedio), Koordination kommunistischer Kräfte (Syntonismos Kommounistikon Dynameon)) im Juli 2021 um die zentrale Figur des Wirtschaftswissenschaftlers Kostas Lapavitsas die Linke Initiative für Dialog und Aktion (Aristeri Protovoulia Dialogou kai Drasis) gebildet. Ziel dieser Initiative ist die Neugestaltung des politischen Spektrums der außerparlamentarischen Linken.

Dennoch gilt es als unwahrscheinlich, dass eine Partei der außerparlamentarischen Linken künftig einen Wahlerfolg verzeichnen wird.

Die sozialen Bewegungen

Wie auf der ganzen Welt haben die Pandemie und die Lockdowns die sozialen Bewegungen in Griechenland in einen Zustand der Starre versetzt. Natürlich hatte die Enttäuschung über die Unterzeichnung des Memorandums durch Syriza den sozialen Bewegungen bereits zuvor den Wind aus den Segeln genommen. Dessen ungeachtet kommt in letzter Zeit wieder mehr Bewegung ins Spiel. Speerspitze der Proteste ist die Mobilisierung der Jugend gegen Staatsautoritarismus und staatliche Repression. Diese Bewegung steht auch mit den Reaktionen der Studierenden auf die neuen autoritären Maßnahmen für Universitäten in Zusammenhang. Trotz Lockdown war die Mobilisierung gegen die Repression massiv genug, um die Regierung zu beunruhigen und sie dazu zu zwingen, in Bezug auf Polizeiaggressionen ein paar Schritte zurückzugehen. Sehr interessant ist dabei, dass sich der Widerstand gegen staatliche Repression über die Kollektive, die sich traditionell mit dem Thema befassen, wie das Netzwerk für politische und soziale Rechte (Diktyo gia ta Politika kai Koinonika Dikaiomata) sowie anarchistische Gruppen, hinaus ausbreitet.

Der zweite Bereich der sozialen Bewegungen, in dem wichtige Entwicklungen zu verzeichnen sind, ist durch die Auseinandersetzung mit Gender und Sexualität geprägt. So lässt sich in den letzten drei Jahren ein beeindruckendes Wiederaufleben des Feminismus beobachten. Um genau zu sein, wird der Begriff des Wiederauflebens der Realität nicht ganz gerecht, denn niemals in der Vergangenheit war die feministische Bewegung in Griechenland so stark wie heute. Ihre Stärke zeigt sich sowohl auf Demonstrationen wie im öffentlichen Diskurs. Sie erreichte einen Höhepunkt mit dem Ausbruch der griechischen #MeToo-Bewegung und seitdem gelingt es Feministinnen, einen Bewusstseinswandel einzuleiten und den Staatsapparat zu aktivieren, um der Straflosigkeit der Gewalt gegen Frauen ein Ende zu setzen. Der Unterschied wird nunmehr auch auf dem Arbeitsplatz sowie im Duktus der Medien über Femizide und sexuelle Belästigung spürbar.

Zuletzt sollte nicht unerwähnt bleiben, dass die gerichtliche Verurteilung der Goldenen Morgenröte (Chrysi Avgi) der antifaschistischen Bewegung großen Aufschwung verliehen hat, wobei die Bewegung durch dauerhaften Druck auch ihrerseits zu dieser Verurteilung beigetragen hat. Am Tag der Urteilsverkündung am 7. Oktober 2020 versammelten sich zehntausende Menschen vor dem Athener Berufungsgericht und jubelten ausgelassen über die Verurteilung der Nazis.

Fazit

Wie auch immer sie definiert und abgegrenzt wird, ist die griechische Linke weiterhin stark und eindeutig stärker als die Linke in anderen Ländern. Die größte politische Herausforderung der Ablösung der Hegemonie von Mitsotakis scheint jedoch derzeit nicht zu gelingen. Um dies zu schaffen, reicht meiner Auffassung nach nicht die politische Auseinandersetzung über Themen der politischen Aktualität, sondern es bedarf eines Kampfs gegen die Ideologie des Konservatismus, und zwar mit Plan und guter Organisation.

Yannis Albanis lebt in Athen. Er ist Journalist und schreibt unter anderem für News247. Übersetzung **Kostas Tsanakas**, Übersetzungslektorat **Theo Votsos**

ANZEIGE

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Johanna Bussemer und Katja Kipping (Hrsg.)

GREEN NEW DEAL ALS ZUKUNFTSPAKT

DIE KARTEN NEU MISCHEN

Die Zeit drängt. Weltweit wird ein Green New Deal diskutiert, um die Klimakatastrophe abzuwenden. Nachhaltig wirkt ein solches Programm nur, wenn es mit grundlegenden sozialpolitischen Weichenstellungen und der Bereitschaft zum wirtschaftspolitischen Umdenken verknüpft wird.

Kleine Edition 37, 176 Seiten, Broschur, August Verlag Berlin, August 2021, 12 Euro, ISBN 978-3-941360-88-4

Bestellung unter: www.augustverlag.de/de/catalog/green-new-deals-als-zukunftspakt/

Gedenk-Demonstration anlässlich des zweiten Todestages des queer-Aktivisten Zak Kostopoulos, der am 21. September 2018 am hellichten Tag in der Athener Innenstadt zu Tode geprügelt wurde
Foto: Marios Lolos

Feminismus im Reich der Notwendigkeit

In den letzten zwölf Jahren ist in GriechenInd eine feministische Basisbewegung entstanden, die größtenteils Patriarchatskritik mit Kapitalismuskritik verbindet. **Von Angela Dimitrakaki**

Im Februar 2020 tauchten in der internationalen Presse Berichte über die in Griechenland entbrannte #MeToo-Debatte auf. Besonders hervorgehoben wurde, dass es erst so spät passierte. In dem Magazin „Politico“ hieß es: „Mit großer Verspätung hatte Griechenland seinen #MeToo-Moment fast vier Jahre nach der weltweiten Verbreitung der Bewegung 2017 nun im Januar dieses Jahres, als die Segel-Weltmeisterin Sofia Bekatorou öffentlich machte, dass sie 1998 von einem hochrangigen Funktionär des griechischen Segelverbands missbraucht worden war“. Diese Lesart impliziert ungewollt, aber durchaus ideologisch, dass soziale Bewegungen in Griechenland, die von sexueller Gewalt Betroffene unterstützen wollen, als Nachzügler eines transnationalen feministischen Aktivismus abgestempelt werden können. Die „Verspätung“ wäre demnach Kennzeichen einer feministischen Peripherie, die den Anschluss an das Zentrum emanzipatorischer Politik nicht verlieren will.

Führen wir die Geschichte von #MeToo auf die erstmalige Verwendung des Begriffs durch die Schwarze US-amerikanische Aktivistin Tarana Burke 2006 zurück, wird klar, dass außer den USA alle Länder spät dran waren. Warum nicht nur #MeToo, sondern auch der intersektionale Feminismus genau dort seinen Ausgang nahm, erklärt sich unter anderem aus der Geschichte der Arbeit in diesem Land, in dem, wie Kimberlé Crenshaw argumentiert, „Diskriminierung aufgrund der ‹Zählebigkeit weißer Dominanzstrukturen› fortbesteht“. Worauf ich hinaus möchte: Auch die griechische #MeToo-Debatte, die sich zur Zeit der Abfassung dieses Artikels im August 2021 weiter fortsetzt, ist in einem Kontext mit eigener Geschichte entstanden.

Der historische Kontext der griechischen #MeToo-Debatte

Der moderne Feminismus in Griechenland entwickelte sich im 19. Jahrhundert, gerade einmal ein Jahrzehnt nach der Revolution, aus der die moderne griechische Nation hervorgegangen war. Seine Geschichte wurde unter anderem von Heleni Varika in „Die Revolte der Damen. Die Geburt eines feministischen Bewusstseins in Griechenland 1833–1907“ (1987, griechisch) dargestellt. Die damals aufgestellten Forderungen änderten sich mit der Zeit, überstanden aber die Versuche der Vertreter*innen des Status quo, die griechische Gesellschaft an den Kern der Parole „Vaterland, Religion, Familie“ aus dem 19. Jahrhundert zu ketten, wie Effi Gazi in ihrem Buch „Vaterland, Religion, Familie. Die Geschichte einer Parole 1880–1930“ (2011, griechisch) detailliert herausgearbeitet hat. Weiblichkeit, wie vom Patriarchat definiert, spielte eine wichtige Rolle bei der „Kinderaufzucht“ für das Vaterland; die heteronormative Familie bildete dabei die Kerneinheit der Nation und stand unter der Führung einer Autorität (der griechisch-orthodoxen Kirche), die ihre Biopolitik unter staatlichem Schutz betreiben konnte, womit die Forderungen nach einer Trennung von Kirche und Staat nur marginal erfüllt wurden. Es wäre gewiss übertrieben zu sagen, dass die alte Parole im 21. Jahrhundert noch großen Zuspruch erfährt, doch die drei zentralen Felder der Unterdrückung von Frauen in Griechenland sind in der Geschichte immer wieder in den Vordergrund getreten, je nachdem in welchem Maße das Patriarchat auf der jeweiligen sozioökonomischen „Stufe“ der Errichtung des modernen Griechenland als kapitalistischer Nationalstaat benötigt wur- ▶

Veranstaltung am Welt-Kultur-Tag 2021. Kultur-Arbeiter*innen fordern Unterstützung für die in der Kulturbranche Tätigen in der COVID-Pandemie
Foto: Antonios Nikolopoulos

de. Von Beginn an war der Aufbau dieses Nationalstaats alles andere als ein unabhängig laufender Prozess, sondern ebenso wie nach dem bekannten Ende des Kalten Krieges 1989 in das komplexe Gewebe der imperialistischen Geopolitik eingebunden. Doch auch die miteinander verschlungenen Entwicklungslinien des modernen Griechenland und des modernen griechischen Feminismus sollten Berücksichtigung finden, da sie eine andere Geschichte über die griechische #MeToo-Debatte erzählen als die einer „Verspätung".

Die Forderungen des griechischen Feminismus im 19. Jahrhundert zielten häufig auf den Zugang zu Bildung, die den Frauen den Eintritt in den Arbeitsmarkt ermöglichen sollte. Ob diese Forderung als eine klassenspezifische zu werten ist, lässt sich nicht leicht beurteilen. Jedenfalls entstand sie nicht in einem sozioökonomischen Vakuum jenseits der Erfordernisse des Arbeitsmarkts. Der Druck des Patriarchats, die Sphäre der Frauen auf soziale Reproduktion und Sorgearbeit (die selbstverständlich nicht als Arbeit angesehen wurde) zu beschränken, verschwand aber nicht aus der Geschichte. Beispielsweise nahm er während des Regimes der Obristen (1967–1974) wieder zu, als Griechenland von der zweiten Welle des Feminismus, die den Großteil des kapitalistischen Westens erfasste, abgeschnitten wurde.

Über die prägende Rolle der antikommunistischen US-Außenpolitik für die 1960er Jahre in Griechenland, die Militärdiktatur eingeschlossen, ist bereits viel geschrieben worden. Es wäre interessant oder sogar wesentlich, diesem Zusammenhang in einer vergleichenden Kartografie feministischer Bewegungen und der sie prägenden Kräfte nachzugehen, denn die USA (und Großbritannien), wo die zweite Welle sehr fruchtbar war, könnten eine Schlüsselrolle dabei gespielt haben, Griechenland von feministischen Entwicklungen abzuschneiden.

Nach sieben Jahren antifeministischer Politik und der Folter und Exilierung zahlreicher griechischer Linker unter der Militärdiktatur prägte der Feminismus das erste Jahrzehnt der Metapolitefsi von 1975 bis 1985 (wie die „Rückkehr zum politischen Leben" nach 1974 genannt wird). Mit dem Aufstieg der sozialdemokratischen PASOK (Panhellenische Sozialistische Bewegung) 1981 an die Schaltstellen der Macht wurden erneuerte feministische Forderungen sowie der Gleichstellungsdiskurs vom Staat aufgegriffen. Ob die fünf Jahre der PASOK-Regierung der erste, aber bislang auch letzte progressive Moment des Staatsfeminismus in Griechenland waren, ist umstritten. Vieles spricht jedoch dafür: Das progressive Familiengesetz von 1983 ließ die Zuversicht aufkommen, dass der Staat feministische Forderungen erfüllen würde. Doch bislang hat es nicht nur keinen weiteren Durchbruch dieser Art mehr gegeben, sondern die aktuelle konservative Regierung hat das Familiengesetz von 1983 sehr zur Freude reaktionärer „Männerrechts"-Gruppen auch noch untergraben.

*Diese zwei Rahmenbedingungen – die Verarmung des Landes und insbesondere seiner weiblichen Bevölkerung sowie seine Stellung als Europas „Deponie" für unerwünschte Migrant*innen und Geflüchtete – bilden den sich wandelnden Kontext der griechischen #MeToo-Bewegung.*

Konservative und die griechische #MeToo-Bewegung

Griechenland durchlief in den 1990er Jahren wie der gesamte Westen seine „postfeministische Phase": Hochprivilegierte Frauen meiner Generation vertraten die Position, die Gleichstellung der Geschlechter sei erreicht und der Feminismus somit obsolet geworden. Damit lagen sie falsch. Nach der globalen Finanzkrise von 2008 – während der traumatischen Jahre der Troika ab 2010 – sowie stärker noch während der bewusst zugespitzten „Flüchtlingskrise" von 2015, in der der patriarchale rassistische Kapitalismus sein brutalstes Gesicht zeigte, erlebte der Feminismus in Griechenland ein spektakuläres Revival. Diese zwei Rahmenbedingungen – die Verarmung des Landes und insbesondere seiner weiblichen Bevölkerung sowie seine Stellung als Europas „Deponie" für unerwünschte Migrant*innen und Geflüchtete – bilden den sich wandelnden Kontext der griechischen #MeToo-Bewegung. In den letzten zwölf Jahren ist eine feministische Basisbewegung entstanden, die größtenteils Patriarchatskritik mit Kapitalismuskritik verbindet. Ein erweiterter Arbeitsbegriff, der zugleich mit häuslicher und anderer geschlechtsspezifischer Gewalt verbunden wird, spielt eine immer wichtigere Rolle in der feministischen Kritik und Praxis. Dennoch waren die Auswirkungen der letzten zwölf Jahre mindestens zwiespältig. Die Umfunktionierung Griechenlands zur Wehrmauer Europas erforderte die systematische Kultivierung eines ultrakonservativen Diskurses einschließlich der Wiederbelebung des Antifeminismus, der nach dem Regierungsantritt der Nea Dimokratia (ND) im Juli 2019 offen und verdeckt in die staatliche Politik Eingang fand.

Dass ND in der internationalen Presse als Mitte-Rechts-Regierung eingeordnet wurde, die die Frauenrechte respektiere, ist durchaus erstaunlich. Immerhin bestand eine ihrer ersten Amtshandlungen darin, das „Generalsekretariat für die Gleichstellung der Geschlechter" zum „Generalsekretariat für Demographie, Familienpolitik und die Gleichstellung der Geschlechter" umzubauen; am Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen im November 2020 ließ sie demonstrierende Feministinnen festnehmen; 2021 stimmte ND als einzige Partei für ein Familiengesetz, das Frauen und ihre Kinder im Rahmen eines pauschal verfügten geteilten Sorgerechts potenziell ihren gewalttätigen Ex-Partnern ausliefert; ND-Parlamentarier*innen wollten zusammen mit der griechisch-orthodoxen Kirche und Unternehmen aus der Reproduktionsindustrie an einer „Konferenz über Fertilität" teilnehmen, die gebildeten Frauen ein schlechtes Gewissen wegen mangelnder Fortpflanzung im Dienste der Nation machen sollte. Die Konferenz wurde schließlich aufgrund entsprechender Aktionen der feministischen Bewegung abgesagt – derselben Bewegung, die das griechische #MeToo zu einem Bezugspunkt für alle arbeitenden Frauen gemacht hat, statt seine Reduzierung auf sensationslüsterne Enthüllungen über „prominente" Frauen zuzulassen.

„Bekatorou brachte den Fall zur Anzeige, doch nach griechischem Recht galt er nach der langen Zeit als verjährt. Seit sie die Anschuldigungen öffentlich gemacht hat, sind jedoch noch andere griechische Athletinnen an die Öffentlichkeit getreten, und durch die Untersuchung könnten neuere Fälle ans Licht kommen", hieß es im Januar 2021 im „Guardian". Dazu kam es dann tatsächlich: In den vergangenen anderthalb Jahren wurden immer mehr Fälle sexuellen Missbrauchs gemeldet, wobei oft namhafte Persönlichkeiten angeklagt sind; ein prominentes Beispiel ist der von der aktuellen Rechtsregierung eingesetzte Direktor des Nationaltheaters, Dimitris Lignadis, der sich gegenwärtig vor Gericht verantworten muss. Trotz dieses Falls trat die Kulturministerin nicht zurück. Es tauchten auch Berichte über sexuellen Missbrauch an Gymnasien und Hochschulen auf, doch konservative Kräfte taten alles, um sie zu diskreditieren.

Versuche der ND-Regierung, die Debatte zu vereinnahmen

Statt eine offene Untersuchung einzuleiten und staatliche Verfahren und Institutionen zum Schutz gegen geschlechtsspezifische und sexuelle Gewalt wie etwa Frauenhäuser einzurichten, hat die ND-Regierung eine offizielle Internetseite zu #MeToo aufgesetzt, um die griechische Debatte zu vereinnahmen – der unverhohlenste Versuch seit Jahren, eine soziale Bewegung zu kapern. Gleichzeitig gab ein ND-Abgeordneter im Mai 2021 im Parlament zu Protokoll, dass „ein gewalttätiger Ehemann, der seine Frau schlägt, trotzdem ein guter Vater sein kann". Dieselbe Regierung wollte die griechische Öffentlichkeit irreführen, indem sie im Juni 2021 ein durch und durch neoliberales Arbeitsgesetz als wirksamen Schutz von Frauen vor sexuellem Missbrauch am Arbeitsplatz präsentierte. Feministische Gruppen haben solche Argumentationen zerpflückt, doch um den drohenden Backlash aufzuhalten, der oft auf Alt-Right-Taktiken zurückgreift, sind sie zu schwach. In diesem Kräftemessen befinden sie sich strukturell im Nachteil: Die Regierung kontrolliert die meisten Medienkanäle, sodass feministische Stimmen, die etwa spezifische Gesetze gegen Femizide fordern, nicht zu Wort kommen.

In Griechenland hat es während der Pandemie neben den üblichen Meldungen von Vergewaltigungen und sexuellen Übergriffen unter anderem am Arbeitsplatz auch eine Zunahme häuslicher Gewalt und eine Reihe von Femiziden gegeben (sieben zwischen Januar und August 2021). Ein im Juli 2021 veröffentlichter Bericht von Amnesty International, der die aktuellen Angriffe auf demokratische Grundrechte im Land beleuchtet, zeigt, dass sich Feministinnen kaum noch auf der Straße versammeln können. Soziale Medien sind für Feministinnen unerlässlich gewesen, um sich zu organisieren und öffentliche Debatten anzustoßen – mit allen damit einhergehenden Problemen, befinden sie sich doch in der Hand des Kapitals; die Zensur griechischer feministischer Facebook-Seiten ist ein nur zu bekanntes Phänomen. Doch der Kampf geht weiter. Im Sommer 2021 protestierten Tausende nach der Vergewaltigung einer Putzfrau in einem innerstädtischen Athener Bezirk, und der Fall einer 18-Jährigen, die zwischen ihrem 11. und 17. Lebensjahr von ihrem Vater vergewaltigt und dann von einem Polizeibeamten als Zwangsprostituierte in seiner Wohnung festgehalten wurde, hat das Land erschüttert..

Neben weniger beachteten Bereichen, wie etwa Cafés, sowie der Familie, die Frauen die soziale Reproduktionsarbeit aufbürdet und sie so „an ihrem Platz" hält, sind Sport, Kultur und Bildungswesen zu zentralen Schauplätzen eines erheblichen Problems geworden – der geschlechtsspezifischen Gewalt in dem EU-Land mit der niedrigsten Gleichstellungskennzahl: Mit 52,2 Punkten bildet Griechenland das Schlusslicht im EU-Gleichstellungsindex von 2020.

Für die feministischen Gruppen gibt es kein Zurück

Die griechische #MeToo-Bewegung entstand vor dem Hintergrund politischer Demoralisierung, von grassierendem Rassismus, der Verbreitung einer Alt-Right-Mentalität, die darauf aus ist, ideologische Verwirrung zu stiften, und der unscheinbaren, aber kontinuierlichen Förderung der bösartigsten Ausprägungen patriarchaler Macht in spezifischen Institutionen. Was den letzten Punkt angeht, genügt es zu sagen, dass der bereits erwähnte wegen Zwangsprostitution beschuldigte Polizeibeamte bei seiner Verhaftung ein T-Shirt mit dem Logo einer Pornofirma trug – eine dem allgegenwärtigen männlichen Blick verfügbar gemachte sexualisierte Frauenfigur – und so für seine Taten als Teil einer gesellschaftlich verankerten und legitimierten Lustkultur Werbung machte. Am 12. Juli 2021 folgten mindestens 2.000 Menschen dem Aufruf feministischer Gruppen, die betroffene Frau mit einer Demonstration zu unterstützen und gegen den Umgang der Polizei mit dem Fall zu protestieren. Für die feministischen Gruppen, die daran mitwirkten, dass aus Bekatorous mutigem Schritt, als Betroffene sexueller Gewalt an die Öffentlichkeit zu gehen, eine griechische #MeToo-Bewegung entstand, gibt es kein Zurück; sie lassen sich nicht ruhigstellen. „Keine alleine!" [Καμία μόνη!] ist der Schlachtruf gegen die allgegenwärtige Tradition, geschlechtsspezifische und sexuelle Gewalt als „Einzelfälle" darzustellen. Es handelt sich um eine integrative Bewegung, in der sich auch Queers und Transmenschen engagieren und die betont, dass das Patriarchat eine rechtlich abgesicherte und verbreitete Art der Vergesellschaftung darstellt, die durch alle sozialen Klassen hindurch ein männliches Anspruchsdenken prägt und oft die Schwächsten (einschließlich der finanziell Schwächsten) trifft.

Der Weg, der vor der Bewegung liegt, ist voller materieller und ideologischer Hindernisse. Dazu gehört auch eine Linke, die sich an entscheidenden Punkten auf die Seite männlicher Privilegien geschlagen hat und sich zudem einer Auseinandersetzung mit der intersektionalen Grundlage von Unterdrückung, Ausbeutung und emanzipatorischen Kämpfen verweigert hat. Unter diesen widrigen Umständen bleibt der griechischen #MeToo-Bewegung nur eine Wahl: Weiterzumachen im Reich der Notwendigkeit, um Marx' Begrifflichkeit aufzugreifen. Sie muss unbedingt weitermachen, denn nur sie kann die Solidarität hervorbringen, die offenlegt, dass es sich hier um strukturelle Gewalt handelt. Der feministischen Bewegung in Griechenland bleibt nichts anderes übrig, als den Kampf von unten zu führen, sich der Kooptierung durch PR-Stunts der Regierung zu verweigern und an allen Fronten zu kämpfen – auf der Straße, im Internet und für die antipatriarchale Umgestaltung der Institutionen.

Angela Dimitrakaki ist Kunsthistorikerin und forscht zu Themen wie Globalisierung und Arbeit aus marxistisch-feministischer Perspektive. Sie lebt in Griechenland und Schottland, wo sie an der Universität von Edinburgh lehrt. Übersetzung **Daniel Fastner** und **Felix Kurz** (Gegensatz Translation Collective), Übersetzungslektorat **Sebastian Landsberger** (lingua transfair)

Der Weg, der vor der Bewegung liegt, ist voller materieller und ideologischer Hindernisse. Dazu gehört auch eine Linke, die sich an entscheidenden Punkten auf die Seite männlicher Privilegien geschlagen hat und sich einer Auseinandersetzung mit der intersektionalen Grundlage von Unterdrückung, Ausbeutung und emanzipatorischen Kämpfen verweigert.

„Eine breite Front ist heute notwendiger denn je“

Tonia Katerini über die Zwangsversteigerungen von Wohnungen und den Widerstand gegen diese Praxis

Tonia Katerini ist Architektin in Athen und Mitglied der Initiative STOP-AUCTIONS, die Teil der „European Action Coalition for the right to housing“ ist. Das Gespräch führte **Phoebe Daliani**. Sie ist Projektmanagerin der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Griechenland. Übersetzung **Kostas Tsanakas**, Übersetzungslektorat **Theo Votsos**

Frau Katerini, in letzter Zeit kam es in Griechenland zu einer Welle von Zwangsversteigerungen. Für die kommenden zwei Monate stehen hunderte Zwangsversteigerungen von Wohnungen an, die von ihren Eigentümern bewohnt werden. Könnten Sie zunächst einen chronologischen Abriss über die Versteigerung von Immobilien seit Beginn der Wirtschaftskrise in Griechenland geben?

Seit Beginn der 1990er Jahre wurden die Menschen in Griechenland mit einem Überangebot an Bankprodukten, Darlehen und Bankkarten bombardiert. Aufgrund des großen Angebots an Darlehen zum Erwerb von Wohnraum zu relativ niedrigen Zinssätzen entschieden sich viele Haushalte, mithilfe eines Kredits eine Wohnung zu kaufen. Dies wiederum führte zu einer Verdoppelung bis Verdreifachung der Immobilienpreise, wodurch der Erwerb von Wohnraum aus eigenen Mitteln für Haushalte mit mittleren und niedrigen Einkommen praktisch unmöglich wurde. Trotz der weiten Verbreitung dieser Darlehen galten bis 2010 nur fünf Prozent von ihnen als notleidende Kredite. Zwischen 2010 und 2016 schoss dieser Anteil auf 46 Prozent hoch; auf diesem Niveau stehen sie bis heute. Manche Kredite werden zwar geregelt, neue kommen aber laufend hinzu. Die Nichtbedienung von Krediten ist also offenbar eine Folge der Wirtschaftskrise, der durch sie verursachten Arbeitslosigkeit und der in ihrem Gefolge umgesetzten Austeritätspolitik.

Bis Ende 2013 waren von ihren Eigentümern bewohnte Wohnungen, ebenso wie das Gesamtvermögen von Bürgern, die mit weniger als 200.000 Euro verschuldet waren, durch einen Erlass des ehemaligen Ministers für Wirtschaft und Finanzen Giannis Papathanasiou geschützt. Dieser Ministerialerlass erkannte die Krise als außerordentlichen Umstand höherer Gewalt an und schützte Kleinschuldner allgemein vor Zwangsvollstreckungsmaßnahmen. Diese wichtige Regelung wurde Ende 2013 auf Verlangen der Organe abgeschafft, die im Rahmen der Sparprogramme mit der Beaufsichtigung Griechenlands betraut waren. Bereits 2010 war ein neues Insolvenzgesetz verabschiedet worden, das Gesetz 3869/2010, das nach der damaligen Ministerin für Wirtschaft Louka Katseli als Katseli-Gesetz bekannt geworden ist. Dieses ermöglichte es Schuldnern, vor Gericht einen Schuldenschnitt zu erwirken und die zu zahlende Rückzahlungsraten in einer solchen Höhe festsetzen zu lassen, dass sie den finanziellen Möglichkeiten des Schuldners entsprachen. Darüber hinaus schützte es die von ihren Eigentümern bewohnten Wohnungen vor Zwangsvollstreckung, was tausenden von Haushalten Sicherheit bot. In den Folgejahren wurde es jedoch mehrfach geändert, 2017 sowie 2019, und knüpfte an die Gewährung von Schutz zunehmend strengere Bedingungen. 2020 wurde es dann endgültig abgeschafft und durch das neue Insolvenzgesetz ersetzt, das jeglichen Schutz von Schuldnern vor Banken aufgehoben hat, auch jenen für Wohnungen, die von ihren Eigentümern bewohnt werden. Zwischen 2014 und 2017 fanden vor den Amtsgerichten des Landes im Durchschnitt 100 Zwangsversteigerungen von Schuldnervermögen pro Woche statt. Die massive Mobilisierung vor den Amtsgerichten behinderte jedoch ihre Ausführung und führte 2017 zu einer Gesetzesänderung, die elektronische Zwangsversteigerungen ermöglichte. Während des ersten, aufgrund der Covid-19-Pandemie verhängten Lockdown wurden die Zwangsversteigerungen zunächst für einige Monate ausgesetzt. Ab dem 1. Juni 2020 wurden sie jedoch im großen Stil wieder aufgenommen. Wöchentlich finden derzeit über 600 Zwangsversteigerungen statt, von denen 10 bis 15 Prozent Wohnungen betreffen, die von ihren Eigentümern bewohnt werden.

Die Banken, die griechische Regierung und die europäischen Institutionen können nun zufrieden verlautbaren: „Wir machen dem Schutz von Wohnungen, die von ihren Eigentümern bewohnt werden, ein Ende.“

Durch das neue Insolvenzgesetz, das zu Beginn des zweiten Lockdown im Herbst 2020 von der Regierungsmehrheit des Premierministers Mitsotakis verabschiedet wurde, ist in Griechenland der Schutz von Wohnungen, die von ihren Eigentümern bewohnt werden, endgültig aufgehoben worden und die Banken leiten massiv Zwangsversteigerungen ein. Was sieht denn das neue Insolvenzgesetz genau vor und welche Auswirkungen wird es für viele Haushalte in Griechenland haben?

Das neue Insolvenzgesetz ist auf die Forderungen der Banken zugeschnitten und kommt einem Verstoß gegen grundlegende Menschenrechte gleich. Exemplarisch kann ich hier einige seiner umstrittensten Vorschriften aufführen:

- Banken können jeden Menschen, der mehr als 30.000 Euro schuldet und die verlangten Raten nicht zahlen kann, in die Insolvenz treiben.
- Im Insolvenzverfahren wird sein gesamtes Vermögen liquidiert. Das betrifft auch die Wohnung, in der er wohnt, sowie seine beweglichen Vermögensgegenstände außer jenen, die absolut überlebensnotwendig sind.
- Zudem ist er nicht mehr sozialversichert, denn die Entscheidung, statt Raten an die Banken Versicherungsbeiträge zu zahlen, wird als Arglist bewertet. Die Abbezahlung von Schulden an die Banken hat also allgemeinen Vorrang gegenüber allen anderen Schulden.

Das Gesetz gewährt die Möglichkeit einer außergerichtlichen Regelung, allerdings nur unter haarsträubenden Voraussetzungen: Der Insolvenzverwalter, also derjenige, der den Regelungsvorschlag ausgestalten soll, muss eine von der Bank akzeptierte Person sein. Während seine Regelungsvorschläge für den Schuldner verbindlich sind, ist die Bank nicht dazu verpflichtet, sie anzunehmen. Falls es dennoch zu einem Übereinkommen kommt, wird der Schuldner von nun an an der Armutsgrenze leben, da jegliches Einkommen zur Bedienung seiner Schulden eingezogen wird. Darüber hinaus wird er die Erniedrigung erleben, dass der Insolvenzverwalter Zugang zu seinen persönlichen Daten und seiner gesamten elektronischen Korrespondenz erhält.

Die Methoden, mit denen Banken dem Schuldner so viel wie nur möglich abnehmen können, werden in insgesamt 200 Paragraphen erläutert. Nur in den letzten vier Paragraphen ist von der Bemühung des Staates die Rede, Schuldner, die in extremer Armut leben, vor Räumungen „zu retten“, indem er ihnen ihre Darlehen abkauft und ihnen die Möglichkeit gewährt, für zwölf Jahre gegen eine etwas niedrigere Miete unter den aktuellen marktüblichen Mieten in ihrer verlorenen Wohnung wohnen zu bleiben. Nach diesen zwölf Jahren können sie sie dann, wenn sie wollen, zum laufenden Marktpreis kaufen!

Bemerkt sei in diesem Zusammenhang, dass hier zum vierten Mal öffentliche Mittel zur indirekten Rekapitalisierung der Banken verwendet werden. Diese Mittel könnten in einen Fonds zur Unterstützung überschuldeter Haushalte fließen. Stattdessen werden sie genutzt, um Banken von notleidenden Krediten zu entlasten.

Die Banken, die griechische Regierung und die europäischen Institutionen können nun zufrieden verlautbaren: „Wir

Demonstration von Studierenden in Thessaloniki gegen die Einführung einer Universitätspolizei
Foto: Sotiris Tripsanis

machen dem Schutz von Wohnungen, die von ihren Eigentümern bewohnt werden, ein Ende. „Tausende Zwangsversteigerungen stehen nun an, und viele von ihnen betreffen solche Wohnungen.

Das rechtliche Instrumentar, das überschuldeten Haushalten zur Verfügung steht, ist äußerst beschränkt. Nach unseren Prognosen werden in den kommenden Jahren tausende Kreditnehmer ihre Wohnungen verlieren. In einem Land, das keinen sozialen Wohnungsbau kennt, werden wir es ganz klar mit einer sich verschärfenden Wohnungskrise zu tun bekommen. Die Investitionen in den sozialen Wohnungsbau betragen seit 2011 null Prozent des BIP mit insbesondere in touristischen Gebieten stark steigenden Mieten und mit dem europaweit höchsten Anteil der Wohnkosten im Verhältnis zum Durchschnittslohn – 46 Prozent, wie in Rumänien.

Das Initiativenbündnis gegen Zwangsversteigerungen besteht aus Kollektiven wie Nachbarschaftsversammlungen und Bewegungen aus ganz Griechenland und ist in der Frage der überschuldeten Haushalte aktiv. Welches sind die Ziele und Forderungen des Bündnisses, und wie können Zwangsversteigerungen verhindert werden?

Die Bewegung wurde 2013 unter dem ursprünglichen Namen „STOPPT Zwangsversteigerungen“ ins Leben gerufen. 2016 formierten wir uns dann im heutigen breiteren Bündnis neu. Über all die Jahre haben wir unseren Aktionsradius auf viele Ebenen ausgeweitet; wir sind davon überzeugt, einen wichtigen Beitrag geleistet zu haben, dass die Problematik der Zwangsversteigerungen aktuell und auf der Agenda der sozialen Forderungen geblieben ist. Und das sowohl zu Beginn, als sich Regierungen und dominierende Medien noch die Mühe gaben, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass für Wohnungen keine Gefahr bestehe, als auch später, durch unsere Präsenz vor den Amtsgerichten, wodurch wir hunderte Zwangsversteigerungen verhindert haben.

Nach der Einführung der elektronischen Zwangsversteigerungen lag unsere Priorität darin, vor Banken und Notariaten Präsenz zu zeigen, wodurch wir Druck ausübten, dass sich diese verhandlungsbereit zeigten und auf die Vorschläge ihrer Schuldner eingingen.

Wir glauben, dass heute eine breite Widerstandsfront notwendiger ist denn je. Wir haben in der Vergangenheit zu einem gemeinsamen Kampf sozialer und politischer Kräfte aufgerufen und und rufen auch weiterhin dazu auf.

Gleichzeitig beginnen wir mit einer Aufklärungskampagne, die Veranstaltungen in sehr vielen Städten und Nachbarschaften umfasst. Es ist wichtig, dass betroffene Bürger spüren, dass es einen Weg des Widerstands und der Aufstellung von Forderungen gibt und dass niemand allein gelassen wird.

Natürlich vergessen wir auch nicht, dass kurz nach einer Zwangsversteigerung eine Räumung folgt. Das wird der Austragungsort unserer nächsten Kämpfe sein.

Unsere Hauptforderungen sind:

- Abschaffung des neuen Insolvenzgesetzes, das ein Werkzeug zum absoluten Schutz der Banken ist, und Ausgestaltung gerechter Rahmenbedingungen zum Umgang mit Privatschulden;
- Gesetzliche Aussetzung der Zwangsversteigerungen von Wohnungen, die von ihren Eigentümer bewohnt werden, anhand gerechter Kriterien bezüglich der Höhe der Schulden und des Werts der jeweiligen Immobilie;
- ein Schuldenerlass oder drastischer Schuldenschnitt, da nicht nur wir als soziale Bewegungen, sondern auch sehr viele Ökonomen der Auffassung sind, dass die Menschen nie wieder ihre Leben in die eigenen Hände nehmen können, so lange sie durch überhöhte Schulden belasten werden, die unter Krisenbedingungen entstanden sind.

Die vielen Nachleben der „Goldenen Morgenröte"

Wie der rechtsradikale Geist die griechische Gesellschaft durchdrungen hat. Von Rosa Vasilaki

Als Griechenland vor einigen Jahren weltweit die Schlagzeilen beherrschte, wurde das Land zumeist mit drei großen „Krisen" in Verbindung gebracht: mit der ökonomischen Krise, der sogenannten Flüchtlingskrise und der politischen Krise, nämlich dem atemberaubenden Aufstieg der neonazistischen Partei Goldene Morgenröte. Vormals eine weitgehend unbekannte, randständige Splitterpartei ohne nennenswerte Wahlerfolge, gewann die Goldene Morgenröte 2012 inmitten weitreichender Umbrüche plötzlich an Bedeutung, als sie bei den landesweiten Parlamentswahlen 7 Prozent der Stimmen erreichte (gegenüber 0,9 Prozent im Jahr 2009).

Die Geschichte Griechenlands im 20. Jahrhundert war von Gewalt durchzogen: Das Land litt unter mehreren Militärdiktaturen, einem brutalen Bürgerkrieg, bei dem Tausende von Linken verfolgt wurden, und einem eigentümlichen Nachkriegsregime, das politisch missliebige Personen systematisch mit Gewalt unterdrückte. Trotzdem schienen rechtsextreme Ideologien und Praktiken seit den 1980er Jahren endgültig der Vergangenheit anzugehören. Das Auftauchen und der rasche Aufstieg einer rechtsextremen, neonazistischen Organisation, die in den 2010er Jahren offenbar einen beachtlichen Teil der griechischen Bevölkerung für sich gewinnen konnte, waren für das Land daher ein heftiger Schock.

Galoppierende Arbeitslosigkeit und Verarmung als Nährboden

Dieser Aufschwung der radikalen Rechten zu einer bedeutenden politischen Kraft war selbstverständlich aufs Engste mit den beiden anderen Krisen verbunden. Vor dem Hintergrund einer galoppierenden Arbeitslosigkeit, die bei den unter 25-Jährigen knapp 50 Prozent erreichte, rasanter Verarmung und einem scharfen Einbruch des Bruttoinlandsprodukts um rund 35 Prozent, fuhr die Goldene Morgenröte auch in Gegenden beträchtliche Wahlerfolge ein, die als Hochburgen der Linken galten. Mit ihrem Versprechen eines „Griechenlands für die Griechen" sicherte sie Bedürftigen finanzielle und materielle Unterstützung zu und förderte Nationalstolz und Zusammengehörigkeitsgefühl in einer desorientierten Gesellschaft. Die Goldene Morgenröte agierte in dieser Situation als eine Mischform aus militanter Partei und sozialer Bewegung, die Solidarität „nur für Griechen" forderte und so einen Teil der Bevölkerung nach rechts radikalisierte. Auch die Medien, die der Partei eine Plattform für ihre Hasstiraden boten, während sie den wirklichen Charakter ihrer Taten und Ziele zum Teil verschleierten, trugen zu ihrer Attraktivität bei. Unterdessen mündeten ein ausgeprägter Sicherheitsdiskurs und die Dämonisierung von Migrant*innen in eklatante Gewaltausbrüche, die von der Bedrohung von Journalist*innen und Politiker*innen bis zu Pogromen gegen migrantische Communitys reichten. Der schwindelerregende Aufstieg der Partei und der Umstand, dass ihre Straftaten nicht verfolgt wurden, gipfelten 2013 in der Ermordung des antirassistischen Rappers Pavlos Fyssas. Dieser Mord zwang die griechische Regierung – auch unter dem Druck der europäischen und internationalen Gemeinschaft –, Maßnahmen zu ergreifen und gegen die Parteiführung, Abgeordnete und andere Mitglieder vorzugehen, die in kriminelle Aktivitäten verstrickt waren.

Dieser Aufschwung der radikalen Rechten zu einer bedeutenden politischen Kraft war selbstverständlich aufs Engste mit den beiden anderen Krisen – der ökonomischen Krise und der sogenannten Flüchtlingskrise – verbunden.

Der Abschluss des Gerichtsverfahrens im Oktober 2020 offenbarte einen beeindruckenden politischen Konsens: Beinahe das gesamte politische Spektrum – die Parteien, für die sich im vorangegangenen Jahrzehnt die Bezeichnung „demokratischer Bogen" eingebürgert hatte – verurteilte die Goldene Morgenröte und feierte deren Absturz. Das galt selbst für Parteien wie Nea Dimokratia, die mit der Organisation in den Jahren ihrer außerordentlichen Beliebtheit enge Verbindungen unterhalten hatten. Die Ablehnung der kriminellen, neonazistischen Partei durch das gesamte politische Spektrum und die sorgfältigere Berichterstattung der bürgerlichen Medien – die sich deutlich von früheren Zeiten abhob, in denen Mitglieder und Abgeordnete der Goldenen Morgenröte als „Volkshelden" gezeichnet wurden, die trotz ihrer Ecken und Kanten ein großes griechisches Herz besäßen – schienen einen neuen Konsens zu stiften. Die politische Stimmung vollzog eine 180-Grad-Kehrtwende von der Akzeptanz, wenn nicht sogar Bewunderung des „Mutes" der Goldenen Morgenröte, sich dem korrupten politischen System entgegenzustellen, hin zu ihrer einhelligen Anprangerung. Die griechischen „Proud Boys" wurden fortan als Kriminelle bezeichnet und geächtet. Diese Verurteilung ging jedoch nicht mit einer entsprechenden Empörung über den besonderen Charakter ihrer Verbrechen einher: Von den ideologischen Quellen, aus denen sich die kriminelle Aktivität der Goldenen Morgenröte speiste, von ihrem Rassismus und aggressivem Nationalismus war kaum die Rede. Auf diese Weise wurde die Partei tendenziell von ihren politischen Ursprüngen und Zielsetzungen „gereinigt", die sorgsam mit dem vagen Label des „Populismus" verschleiert wurden.

Rechtsradikale Ansichten in die Mitte gewandert

Das Hauptproblem an diesem beredten Schweigen liegt nicht in der Scheinheiligkeit jener Prominenten und Politiker*innen, Journalist*innen und Intellektuellen, die die Rhetorik und die Methoden der Goldenen Morgenröte zuvor toleriert und der Partei so zu Legitimität verholfen hatten; es liegt vielmehr in der Tatsache, dass rechtsradikale Ansichten in die Mitte gewandert sind: Sie prägen heute den Mainstream und werden gewissermaßen zur neuen Normalität, zu einem neuen „Common Sense". Das zeigt sich deutlich in verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, unter anderem in den Haltungen gegenüber Migrant*innen und Geflüchteten, in der ausufernden Islamfeindlichkeit, in der Polizeigewalt und dem unverfrorenen Autoritarismus der amtierenden neoliberalen Mitte-Rechts-Regierung.

Wie sehr das Gedankengut der Goldenen Morgenröte auf dem Vormarsch ist, zeigt sich vielleicht am drastischsten in den veränderten Einstellungen gegenüber Geflüchteten: War Griechenland einst stolz darauf, Menschen Zuflucht zu bieten, die vor Krieg und Gewalt fliehen, so hat es sich inzwischen zu einem Land entwickelt, in dem Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie die staatliche Politik maßgeblich bestimmen. Als der türkische Präsident Erdogan im März 2020 bekannt gab, Asylsuchende auf dem Weg nach Europa nicht länger aufzuhalten, strömten Tausende Geflüchtete an die griechisch-türkische Grenze am Grenzfluss Evros. Der griechische Premierminister Kyriakos Mitsotakis von der Mitte-Rechts-Partei Nea Dimokratia verlautbarte daraufhin, dies sei „nicht länger ein Flüchtlings- oder Migrationsproblem", sondern „eine asymmetrische Bedrohung der griechischen Ostgrenzen, die gleichzeitig europäische Grenzen sind".

In einem beispiellosen Akt, der eine eindeutige Verletzung der internationalen Menschenrechtskonventionen darstellte, hob die griechische Regierung zeitweilig das Asylrecht auf. Überraschenderweise stieß die Opposition in dasselbe Horn: Alexis Tsipras, Vorsitzender der Mitte-Links-Partei Syriza, erklärte, dass „die Regierung gut daran tat, die Grenze zu schließen", und Griechenland „einer geopolitischen Bedrohung seitens der Türkei ausgesetzt" sei. Etwa zur selben Zeit ereigneten sich mehrere brutale Angriffe auf Geflüchtete, Mitarbeiter*innen von NGOs, Journalist*innen und Polizeikräfte, als Anwohner*innen gegen die Errichtung von Abschiebezentren protestierten. Wohlgemerkt richtete sich dies nicht gegen die unmenschliche Behandlung von Menschen in extremen Notlagen, für die solche Lager zwangsläufig stehen,

sondern vielmehr gegen die Anwesenheit von Geflüchteten schlechthin.

Annäherung von Rechten und Linken

Die Annäherung von Rechten und Linken trug zur öffentlichen Legitimität der Darstellung von Geflüchteten als „Invasor*innen" bei, die als heimtückische Bedrohung keinen Schutz verdienten, und verschob die Debatte so weg von humanistischen Erwägungen hin zu einem Sicherheitsdiskurs – eine weitgehende Übernahme der Rhetorik, die die Goldene Morgenröte in den Jahren zuvor gepflegt hatte. In Anbetracht dessen verwundert es nicht, dass 57,1 Prozent der griechischen Bevölkerung ihr Land der Gefahr einer „kulturellen Überfremdung" ausgesetzt sehen, dass 62,6 Prozent denken, es gebe zu viele Immigrant*innen im Land, und 58,8 Prozent Einwanderung mit Kriminalität in Verbindung bringen. Auch die griechisch-orthodoxe Kirche, eine der ideologisch einflussreichsten Institutionen Griechenlands, verbreitet diese Standpunkte. Ihr Oberhaupt Hieronymos, Erzbischof von Athen, erklärte in einem Interview, dass „der Islam keine Religion, sondern ein politisches Lager ist, das klare politische Absichten hat", und muslimische Gläubige „ein Kriegsvolk" seien, und trug damit zur weiteren Normalisierung der Islamfeindlichkeit bei. Dass 61,3 Prozent der Bevölkerung der Auffassung sind, der Islam bedrohe die Freiheit der Frauen im Westen, ist daher ebenfalls kein Zufall.

Auch einige andere Entwicklungen zeugen von der Normalisierung einer rechtsradikalen Geisteshaltung: Die heftige Ablehnung des Prespa-Abkommens, das den Namensstreit zwischen Griechenland und Nordmazedonien beilegte, offenbarte die enorme Stoßkraft, über die der aggressive Nationalismus verfügt; zahlreiche (größtenteils erfolglose) Versuche, die reproduktiven Rechte von Frauen zu „überprüfen", zeigen ebenso wie die Umwandlung des staatlichen „Generalsekretariats für die Gleichstellung der Geschlechter" in ein „Generalsekretariat für Demographie, Familienpolitik und die Gleichstellung der Geschlechter" die Rückkehr eines unverhohlenen Sexismus an; etliche Fälle von Polizeigewalt in den vergangenen zwei Jahren, die häufig folgenlos blieben, sind wie die Einrichtung einer „Universitätspolizei" als Spezialeinheit weitere Anzeichen für Griechenlands autoritäre Wende.

Wir sind in Griechenland Zeug*innen eines umfassenden Rechtsrucks, der möglicherweise auch ein Schlaglicht auf breitere Entwicklungen in Europa wirft. Der Prozess vollzieht sich gleichzeitig auf zwei Ebenen: Er betrifft die Gesellschaft insgesamt, besonders aber das liberale Zentrum, das sich immer weiter nach rechts bewegt. Mit Blick auf die Gesamtgesellschaft hat sich rechtsradikales Gedankengut als außerordentlich beständig erwiesen und der politischen Kultur erheblichen Schaden zugefügt. Während das Land in der Wirtschaftskrise am Scheideweg zwischen links und rechts zu stehen schien, hat sich trotz aller Wahlerfolge von Syriza letztlich ein politisches Klima durchgesetzt, in dem bei einigen Kernthemen konservative oder sogar reaktionäre Positionen vorherrschen. Dass Syriza ihre Versprechen nicht umgesetzt hat und davor zurückscheute, notwendige progressive Reformen wie etwa die Trennung von Kirche und Staat, die Demokratisierung der Sicherheitskräfte und eine Justizreform in die Wege zu leiten, hat zu einer großen Enttäuschung über das fortschrittliche Lager geführt und so dem Rechtsruck den Weg gebahnt. Unterdessen hat das liberale Zentrum in Gestalt der gegenwärtigen neoliberalen Mitte-Rechts-Regierung unter anderem durch strenge Kontrolle der Medien eine starke Neigung zum Autoritarismus an den Tag gelegt und dadurch bewiesen, dass seine ideologische Agenda auch auf rechtsradikale Ansätze zurückgreift, so sehr es sich auch als Statthalter eines aufgeklärten europäischen Liberalismus präsentiert. Dass zwei zentrale Figuren der radikalen Rechten wichtige Ämter bekleiden (Adonis Georgiadis, stellvertretender Vorsitzender von Nea Dimokratia und Minister für Wirtschaftsentwicklung, sowie Innenminister Makis Voridis), ist daher kein Zufall, sondern dient der Umsetzung eines solchen Programms in handfeste Politik.

Antifa-Konzert am Jahrestag der Ermordung von Pavlos Fyssas durch ein Mitglied der faschistischen Goldenen Morgenröte
Foto: Marios Lolos

In dem Forschungsprojekt Mainstreaming the Far Right in Greece: Gender, Armed Forces, the Media and the Church, das unsere Gruppe Dissensus mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung durchführt, werden diese Entwicklungstendenzen eingehend untersucht durch ausführliche Interviews mit Angehörigen der Streitkräfte und der Kirche, feministischen Gruppen und LGBTQI-Aktivist*innen sowie durch eine systematische Auswertung der medialen Rhetorik analysieren wir, wie die extreme Rechte im Laufe des letzten Jahrzehnts in der griechischen Gesellschaft normalisiert und legitimiert wurde. Die oben zitierten Zahlen stammen aus einer großangelegten Meinungsumfrage, die wir im Herbst 2020, kurz vor dem Abschluss des Gerichtsprozesses gegen die Goldene Morgenröte und deren einmütiger Ächtung durch die politische Klasse Griechenlands, durchgeführt haben. Unsere Ergebnisse sprechen für eine weitgehende Normalisierung der Kerngedanken der Partei: Die Angst vor „kultureller Überfremdung", eine Wahrnehmung von Nachbarstaaten als unversöhnliche Feind*innen Griechenlands sowie Islamophobie, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind weit verbreitet. Am meisten beunruhigt vielleicht, dass kein Bewusstsein über den diskriminierenden Charakter solcher Ansichten besteht – sie gehören heute zur „Normalität" und werden unumwunden geäußert.

Rosa Vasilaki lebt als Historikerin und Soziologin in Athen. Sie promovierte in Geschichte an der Pariser École des Hautes Études en Sciences Sociales sowie in Soziologie an der University of Bristol. Übersetzung **Maximilian Hauer** / **Felix Kurz** (Gegensatz Translation Collective), Übersetzungslektorat **Sebastian Landsberger** (lingua transfair)

Alles wegen der Türkei

Im Zentrum der griechischen Außenpolitik steht das Verhältnis zu Ankara. **Von Kaki Bali**

Da alle Ansätze zur Lösung der chronischen Probleme mit der Türkei auch Kompromisse erfordern, zieht es das Kabinett Mitsotakis vor, einer Lösung aus dem Weg zu gehen.

Treibende Kraft der griechischen Außenpolitik ist in den letzten zwei Jahren die Sorge wegen, zuweilen auch die Angst vor der Türkei. Die Beziehungen Griechenlands zu seinem Nachbarland waren schon immer schwierig; 1996 standen die beiden Länder sogar kurz vor einem bewaffneten Konflikt, der im letzten Moment von den USA abgewendet wurde. Das ist auch der wichtigste Grund, warum Griechenland – stets darum bemüht, das Kräftegleichgewicht mit der Türkei zu erhalten – solcheUnsummen für Waffensysteme ausgibt: Im Zeitraum von 2013 bis 2020, also während der gesamten Dauer der Wirtschaftskrise, wendete das Land 2,68 % seines BIP für Rüstungsgüter auf. Natürlich sind diese Bemühungen vergebens, wenn man bedenkt, dass die Türkei weiterhin der beste Kunde der weltweiten Rüstungsindustrie – der russischen wie der US-amerikanischen, der deutschen wie der spanischen – ist, wobei sie auch eigene Waffensysteme herstellt. Darüber hinaus ist die Türkei als junge Regionalmacht in allen Kriegen der Region verwickelt, sei es in Syrien oder im Libanon, im Irak oder in Bergkarabach, was sie nicht nur zu einem problematischen, sondern auch zu einem besonders nützlichen Partner des Westens macht.

Umstrittene Seegrenzen

Die meisten außenpolitischen Entscheidungen Griechenlands sind Reaktionen auf Schachzüge Ankaras. Dies gilt ganz besonders nach Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der Türkei und Libyen im November 2019, das deren gemeinsame Seegrenze festlegt – und griechische Rechte auf eine ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) um Kreta und den Dodekanes ignoriert. Es ist alles andere als Zufall, dass sich Griechenland 2020 beeilte, ein Abkommen über die Teilabgrenzung seiner AWZ mit Ägypten zu unterzeichnen, sowie dass es plötzlich italienische Positionen akzeptierte und ein ähnliches Abkommen mit Italien unterzeichnete. Der griechischen Regierung war bewusst geworden, dass es zur Wahrung der Hoheitsrechte des Landes nicht mehr ausreichte, sich auf das Völkerrecht zu berufen, sondern dass sie Abkommen mit den Nachbarländern schließen und notwendige Kompromisse eingehen musste. Insbesondere zur Festlegung der Seegrenze zu Albanien wurde vereinbart, den Internationalen Gerichtshof in Den Haag anzurufen. Theoretisch strebt die griechische Regierung dasselbe auch für die Streitigkeiten mit der Türkei an. Bislang besteht Athens Strategie allerdings eher darin, die Auseinandersetzung einzufrieren und zu hoffen, dass irgendwann in der Zukunft, eventuell nach dem Abgang des türkischen Staatschefs Erdoğans von der Macht, die Bedingungen für eine Lösung günstiger sein werden.

Die Ursache der Untätigkeit

Natürlich spielt dabei auch eine Rolle, dass die heutige Regierung Griechenlands eine konservative ist und sich, wie alle konservativen Regierungen, als „patriotisch" inszeniert. Da alle Ansätze zur Lösung der chronischen Probleme mit der Türkei auch Kompromisse erfordern, zieht es das Kabinett Mitsotakis vor, einer Lösung aus dem Weg zu gehen. Das liegt daran, dass ein großer Teil der griechischen Öffentlichkeit – und fast das gesamte konservative und rechte Spektrum – davon überzeugt ist, dass Griechenland in vollem Rechte stehe und selbst den ehrenvollsten Kompromiss als „Verrat" betrachten würde. Die Opposition – sowohl die linke Syriza wie die sozialdemokratische KINAL – hat der Regierung Unterstützung für den Fall signalisiert, dass sie sich auf einen echten Dialog mit der Türkei einlässt – sofern freilich auch die Türkei zeigt, dass sie dies möchte, was derzeit nicht erkennbar ist.

Das Ringen um Allianzen

Je mehr die Spannungen mit der Türkei zunahmen, umso mehr glichen die Bemühungen der griechischen Regierung, sich Unterstützung von ihren Bündnispartnern zu sichern oder sich den Feinden ihres Feindes anzunähern, Kurzschlussreaktionen. Im schwierigen Sommer 2020, als türkische Meeresforschungsschiffe nach Erdgasvorkommen in Gebieten suchten, die Griechenland als seine eigenen betrachtet, hatte Athen seine ganze Hoffnung auf Berlin gesetzt. Und tatsächlich trug die Bundesregierung dazu bei, eine heiße Episode im östlichen

Nicht verpassen / Don't miss

■ **NASIM Filmvorführung DOK-Leipzig vom 25. bis 31. Oktober 2021**
Im Rahmen des diesjährigen Internationalen Leipziger Festivals für Dokumentar- und Animationsfilm DOK-Leipzig wird der von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Griechenland geförderte Dokumentarfilm NASIM im Deutschen Wettbewerb gezeigt. Über einen Zeitraum von acht Monaten begleitete das Filmteam um Ole Jacobs und Arne Büttner die Afghanin Nasim und ihre Familie im Geflüchtetenlager Moria auf der griechischen Insel Lesbos im Jahr 2020. Der beobachtende Dokumentarfilm zeigt äußerst einfühlsam den Alltag der zweifachen Mutter, die es auf beeindruckende Weise schafft, die Herausforderungen dieser unzumutbaren Extremsituation immer wieder aufs Neue zu meistern. Weitere Informationen zum Film hier: www.dok-leipzig.de/film/nasim/archive

■ **Moving Cities**
Am 21. Oktober 2021 geht die Online-Plattform „Moving Cities" an den Start: ein Mapping, das detaillierte Recherchen über 28 fortschrittliche solidarische Städte und ihre Strategien zur Aufnahme von Migrant*innen und Geflüchteten in zehn europäischen Ländern bietet. Auch Griechenland ist dabei. Weitere Infos unter www.rosalux.de/news/id/45046/eine-andere-migrationspolitik-ist-moeglich

■ **Die Realität von migrantischen Landarbeiter*innen in der Pandemie** (englisch)
Eine multidisziplinäre Recherche des Online-Magazins Solomon Mag, die die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Migrant*innen während der Pandemie untersucht und mit Interviews, Fotografien und Reiseberichten journalistisch aufbereitet. Unter folgendem Link finden Sie einen persönlichen und aufschlussreichen Bericht des Fotografen Thodoris Nikolaou über das gesamte Projekt sowie Links zu anderen Berichten der monatelangen Recherche: https://wearesolomon.com/mag/notes-from-the-field/i-have-to-lead-people-to-a-safe-place/

■ **Decolonize Hellas** (englisch)
Anlässlich der Zweihundertjahrfeier der griechischen Revolution von 1821 will die Initiative Decolonize Hellas die ambivalenten und wechselseitigen Beziehungen zwischen dem griechischen Nationalstaat und den kolonialen Genealogien Europas beleuchten. Während Griechenland in der Vergangenheit als „koloniales Schema", „Kryptokolonie" und in jüngster Zeit als „Schuldenkolonie" analysiert wurde, ist es dringend erforderlich, die Rolle von „Hellas" bei der Mitkonstituierung des europäischen Kolonialprojekts in den Vordergrund zu stellen, so die Initiative. Im Zentrum der mehrmonatigen Reihe von Workshops und Vorlesungen steht ein viertägiges hybrides Symposium vom 4. bis 7. November 2021. Alle Informationen zum Programm auf Englisch hier: https://decolonizehellas.org/en/

■ **Flüchtlingsein für Anfänger*innen**
Der türkische Journalist und Dokumentarfilmer Ertuğrul Mavioğlu wurde auf Grund seiner Arbeit zu 4,5 Jahren Gefängnis verurteilt. Der Inhaftierung entkam er durch die Flucht nach Griechenland. In einem sehr persönlichen Text schreibt er über eigene Fluchterfahrungen und die seiner Freunde aus früheren Gefängniszeiten. www.rosalux.de/news/id/45100

Nächtliche Protest-Performance vor dem geräumten Theater EMBROS
Foto: Tatiana Bolari

Mittelmeer zu vermeiden. Die griechische Seite hatte jedoch den Eindruck, dass Deutschland nicht dazu bereit war, Druck auf die Türkei auszuüben, und wandte sich daher an Frankreich, das sowohl rhetorisch als auch militärisch dynamischer gegenüber Erdoğan auftrat. Nun eilten französische Fregatten zu gemeinsamen Übungen mit den griechischen Seestreitkräften ins besagte Gebiet, wobei gleichzeitig Verhandlungen über den Kauf französischer Flugzeuge aufgenommen wurden. Um Frankreichs Präsidenten Macron einen Gefallen zu tun, bot Mitsotakis sogar an, griechische Soldaten zur Unterstützung des französischen Einsatzes nach Mali zu entsenden.

Die griechische Regierung sorgte auch dafür, ihre Beziehungen zu Israel zu vertiefen und brach dabei ein Tabu: Zum ersten Mal besuchte ein griechischer Premierminister Israel, ohne ebenfalls der palästinensischen Autonomiebehörde einen – allenfalls symbolischen – Besuch abzustatten. Für Mitsotakis war es offensichtlich wichtiger, dass sich Netanjahu – und dessen Nachfolger – im Falle einer offenen Auseinandersetzung mit der Türkei auf die Seite Griechenlands schlagen würde, als seine Unterstützung für eine Zweistaatenlösung zu verkünden, worin die offizielle griechische Linie weiterhin besteht.

In letzter Zeit vertieften sich auch die traditionell guten Beziehungen Griechenlands zu Ägypten; Griechenland investierte in diese Freundschaft in der Hoffnung, dass sich die schlechten Beziehungen zwischen Kairo und Ankara nicht verbessern werden. Insgesamt näherte sich Griechenland allen Feinden der Türkei in der Gegend an, von den Vereinigten Arabischen Emiraten bis hin zu Saudi-Arabien. Unermüdlich spricht Außenminister Nikos Dendias von den „gemeinsamen Werten", die Griechenland mit all diesen Ländern teile, worunter er ausschließlich das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (dem die Türkei nicht beigetreten ist) versteht, aber nicht die Achtung von Demokratie und die Wahrung der Menschenrechte.

Ein zuverlässiger Bündnispartner

Die engste Beziehung Griechenlands besteht jedenfalls zu den Vereinigten Staaten. Griechische Regierungen sprechen gerne von einer „strategischen" Beziehung, so auch die SYRIZA-Regierung im Jahr 2017. Die heutige konservative Regierung ist einen Schritt weiter gegangen und erklärte, den USA fast alles bieten zu wollen und ihnen ein „vorhersehbarer Bündnispartner" zu sein, wie Mitsotakis dem damaligen US-Präsidenten Donald Trump zusicherte. Er sorgte sogar dafür, dass Huawei aus der Vergabe von 5G-Lizenzen in Griechenland ausgeschlossen wird und erinnerte stolz daran, dass Griechenland, wie von der NATO als Zielvorgabe vorgesehen, über zwei Prozent seines BIP für Rüstungsgüter ausgibt. Nach der Wahl von Joe Biden zum Präsidenten fühlt sich die griechische Regierung zuversichtlicher, dass die USA Druck auf die Türkei ausüben werden, damit diese grobe Provokationen in der Ägäis und im östlichen Mittelmeer unterlässt. Im Gegenzug ist sie bereit, den US-amerikanischen Streitkräften fast jede denkbare Erleichterung zu gewähren, und zwar nicht nur in der großen Militärbasis in Souda auf Kreta, sondern auch im Hafen von Alexandroupolis im Nordosten des Landes.

Interesse am Balkan

Stark und von Dauer ist zuletzt Athens Interesse am Balkan. Der dortige Einfluss der Türkei erschreckt zwar die griechische Regierung, sie merkt aber auch, dass sich Griechenlands Position in der Region nach dem Abkommen von Prespa, mit dem der Streit um den Namen Mazedonien beendet wurde, verbessert hat. So hält sich die Regierung Mitsotakis an das Abkommen, das die von Syriza angeführte Vorgängerregierung 2018 mit FYROM (Former Yugoslav Republic of Macedonia) geschlossen hat, obwohl sie es damals als verräterisch bezeichnet hatte, und unterstützt klar eine europäische Perspektive für Albanien und Nordmazedonien.

Kaki Bali ist Journalistin und lebt in Athen. Sie leitet das Auslandressorts der griechischen Tageszeitung „AVGI" und schreibt regelmäßig für die Deutsche Welle. Übersetzung **Kostas Tsanakas**, Übersetzungslektorat **Theo Votsos**

Demonstration für den Schutz der Natur nach den verheerenden Bränden im August 2021
Foto: Marios Lolos

Alles den Unternehmen

Der Wiederaufbaufonds der EU für Griechenland. Von Panagiotis Sotiris und Yiorgos Vassalos

*Der Wiederaufbaufonds zielt nicht auf eine Förderung der öffentlichen Infrastruktur ab, sondern soll als Anreiz für private Investor*innen dienen, die ihre Profitlogik im Rahmen dieser Projekte verfolgen können.*

NextGenerationEU, der Wiederaufbaufonds der Europäischen Union, ist als Wendepunkt der EU gerühmt worden, als großer Sprung von der eisernen Haushaltsdisziplin hin zur Einführung einer neuen Form „europäischer Solidarität". Im Grunde wird damit jedoch nur wieder einmal versucht, den Markt zugunsten großer Konzerne zu konsolidieren. Statt den schwächsten EU-Mitgliedsstaaten Privilegien einzuräumen, dient dieses Konjunkturprogramm dazu, mit dem Ziel der Umsetzung neoliberal ausgerichteter Strukturreformen Druck aufzubauen. So bedarf die Finanzierung jeglicher Maßnahmen der Zustimmung der Europäischen Kommission, einer Institution, die auf eine lange Geschichte neoliberaler Politik zurückblickt. Des Weiteren sind Prozesse zur fortwährenden Prüfung der wirtschaftlichen Lage der einzelnen Länder vorgesehen. Auch dieses Mal enthält der Wiederaufbaufonds einen zusätzlichen Überwachungsmechanismus. Dieser fällt immerhin nicht ganz so strikt aus wie die berüchtigten Memorandums of Understanding (MoUs) der Kreditprogramme aus dem „Rettungsschirm", die insbesondere Griechenland während der Finanzkrise auferlegt wurden. Der Mechanismus ergänzt die bereits im Rahmen des Europäischen Semesters und der Ordnungspolitik eingeführten Überwachungsmechanismen, wodurch die Logik des neoliberalen Social Engineerings erneut Anwendung findet.

Neoliberale Konzepte

Das griechische Wiederaufbau- und Resilienzprogramm „Greece 2.0" (Recovery and Resilience Facility – RRF) basiert auf Empfehlungen eines Berichts, der im Auftrag der griechischen Regierung von einem Team unter dem zypriotischen Wirtschaftswissenschaftler Christopher Pissarides verfasst wurde. Pissarides ist LSE-Professor und Träger des Wirtschaftsnobelpreises. Der Bericht folgt den alten neoliberalen Konzepten der MoUs, denn er schlägt für das Problem niedriger Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit eine Reihe entsprechender Lösungen vor: Marktkonsolidierung und Konzentration von Kapital, Steuersenkungen, die Schwächung des öffentlichen Sektors, eine weitere Deregulierung des Arbeitssektors, enorme Einschnitte bei staatlichen Universitäten, ein neues, auf eigenem Vermögensaufbau basierendes Rentensystem sowie eine Neuausrichtung der Sozialhilfe, bei der Empfänger*innen stärker „zum Arbeiten motiviert werden" sollen.

Die griechische Wirtschaft hat im Zuge der Covid-19-Pandemie enorm gelitten, insbesondere aufgrund des starken Rückgangs des Tourismus. Die ökonomische Krise folgte auf ein wirtschaftlich sehr schwieriges Jahrzehnt, in dem das Land von den MoUs (2010–2018) und von den Sparmaßnahmen gebeutelt wurde und sich in einer tiefen Rezession befand. Im Jahr 2020 durchlebte Griechenland das drittschlimmste Konjunkturtief der Eurozone, das BIP des Landes schrumpfte real um 8,2 Prozent.

Der griechischen Regierung zufolge werden Wiederaufbauprojekte zu höchstens 50 Prozent durch den RFF finanziert, denn mindestens 30 Prozent sollen durch Banken und mindestens 20 Prozent durch private Investor*innen gestemmt werden. Während Banken und institutionelle Anleger wie große Investmentgesellschaften nur ein sehr geringes Risiko haben, ihr Geld zu verlieren, und ihnen satte Gewinne garantiert sind, wird die griechische Staatsverschuldung erneut Rekorde brechen.

Im Fokus des Programms werden nicht öffentliche Vorhaben in der Hand öffentlicher Träger stehen, sondern die Logik von öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPPs). Die Folge wird eine weiter zunehmende Privatisierung der griechischen Wirtschaft insgesamt sein sowie der strategischen Infrastruktur des

Landes im Besonderen. Fast alle größeren Infrastrukturprojekte – von den erneuerbaren Energien bis hin zu den 5G-Netzen – werden von privaten Unternehmen errichtet und/oder betrieben werden. Damit werden große Unternehmen mit öffentlichen Geldern unterstützt, während sich der Staat immer weiter von zentralen Versorgungsbereichen und -diensten zurückzieht. Gleichzeitig legten die Flächenbrände von 2021 schonungslos offen, welche katastrophalen Folgen der unverminderte Abbau des öffentlichen Sektors hat.

Der Wiederaufbaufonds zielt nicht auf eine Förderung der öffentlichen Infrastruktur ab, sondern soll als Anreiz für private Investor*innen dienen, die ihre Profitlogik im Rahmen dieser Projekte verfolgen können. Solche Prozesse, insbesondere im Rahmen der „grünen" Wende, werden unweigerlich zur Vernichtung einer großen Zahl gewerkschaftlich organisierter Arbeitsplätze mit vergleichsweise guten Löhnen und einer umfassenden sozialen Absicherung im fossilen Energiesektor führen. Diese werden, gemäß der Privatisierungslogik, anschließend durch prekärere, gering qualifiziertere und schlechter bezahlte Jobs ersetzt.

Große ÖPPs fördern eine Entwicklung, die eine Konsolidierung großer Konzerne stützt und zulasten von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) geht. Letztere stellen noch immer das Rückgrat der griechischen Wirtschaft dar, erfüllen jedoch nicht die Voraussetzungen für private Investitionen und Kredite, die im Wiederaufbauprogramm vorgesehen sind.

Investitionen in fossile Kraftwerke forciert

Des Weiteren sind in Griechenland fast ausschließlich Projekte großer Privatunternehmen im Bereich der erneuerbaren Energien gefördert worden, die wichtige Ökosysteme in Gebirgsregionen sowie auf Inseln gefährden. Die Pläne der griechischen Regierung wurden von Organisationen wie dem WWF kritisiert, weil sie am Nationalen Energie- und Klimaplan (National Energy and Climate Plan – NECP) der Regierung ausgerichtet sind, der erhebliche Investitionen in neue fossile Kraftwerke sowie in eine fossile Infrastruktur vorantreibt. Nicht zuletzt hat die Art und Weise, mit der erneuerbare Energien eingeführt wurden, zu einer starken Abwehrreaktion in der Öffentlichkeit geführt. Denn als der Premierminister nicht ausschließen wollte, dass neue Windkraftwerke in den soeben abgebrannten Gebieten errichtet werden könnten, erzeugte das einen großen Aufschrei. Gleichzeitig mangelt es praktisch vollständig an staatlicher Unterstützung für gemeindebasierte Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien.

Zu den Projekten einer grünen Wende, die von der griechischen Regierung offiziell aufgelistet wurden, gehört auch der „Wiederaufbau und die Neuentwicklung des früheren königlichen Anwesens in Tatoi". Dieses Projekt wurde als Versuch kritisiert, sich bei rechtsextremen Royalist*innen anzubiedern, deren Unterstützung sich Nea Dimokratia bei kommenden Wahlen sichern möchte.

Die Regierung hat in ihren Vorschlag für ein Wiederaufbauprogramm spezifische neoliberale Reformen auf institutioneller Ebene aufgenommen, etwa das neue Arbeitsgesetz, über das am 16. Juni 2021 abgestimmt wurde und mit dem Arbeitgeber*innen die Möglichkeit erhalten, die tägliche Arbeitszeit auf zehn Stunden zu erhöhen, ohne Überstunden bezahlen zu müssen. Zudem werden die Rechte von Gewerkschaften beschnitten und deren Fähigkeit eingeschränkt, Streiks auszurufen. Der Übergang zu einer „unternehmerischen Hochschulbildung", deren Forschung hauptsächlich privaten Unternehmen zugutekommen soll, die Einführung autoritärer Maßnahmen wie der „Universitätspolizei" sowie die Verringerung der Studierendenzahlen in öffentlichen Hochschulen – all diese Maßnahmen werden als Reform im Sinne einer „qualitativen Bildung" angepriesen.

Im Wiederaufbauprogramm der Regierung war auch eine komplette Überarbeitung des Rentensystems vorgesehen. Im Grunde handelte es sich dabei um eine weitere neoliberale Reform, da für Personen, die neu in den Arbeitsmarkt eintreten, ein Teil ihrer Rente nicht länger auf dem bisherigen Modell der Umverteilung basieren sollte, sondern sich aus der neoliberalen Logik individueller Rentenkonten gespeist hätte. In ähnlicher Weise bezieht sich die so betitelte „Verwaltungsreform" auf Maßnahmen, die zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen von Beamt*innen beitragen werden.

Reformen, die Investitionen erleichtern sollen, sind darauf ausgerichtet, Standards zum Schutz der Umwelt oder des kulturellen Erbes abzubauen und die Fähigkeit sozialer Bewegungen einzuschränken, gegen solche Projekte vorzugehen. Schließlich gelten bestimmte Interessen in den Bereichen Archäologie oder Forstwirtschaft nach der benannten neoliberalen Logik als Hindernisse für das „Wachstum". Ein gutes Beispiel für diesen Impetus war das aggressive Vorgehen gegenüber allen, die das Immobilienentwicklungsprojekt auf dem ehemaligen Flughafen Ellinikon in Frage stellten.

In der Logik der EU-Austeritätspolitik

Mit der verstärkten Privatisierung, der Verschärfung neoliberaler Reformen und der Priorisierung großer Unternehmen gegenüber KMU, folgt das griechische Wiederaufbau- und Resilienzprogramm „Greece 2.0" der gleichen neoliberalen Logik, die bereits der Austeritätspolitik der Europäischen Union ein Jahrzehnt lang ihren Stempel aufdrückte. Die Folgen werden weiter steigende Staatsschulden sowie Löhne sein, die auf Dauer unterhalb der erreichten Produktivitätsgewinne bleiben werden.

Die Alternative wäre ein Wiederaufbauprogramm, das statt auf Darlehen auf Fördermittel und statt auf ÖPPs auf Investitionen in öffentliche Dienste und öffentliche Infrastruktur setzt, die Schaffung stabiler Jobs anstrebt und auf demokratischen Konsultationsprozessen basiert, die lokale Gemeinschaften beim Ausbau der erneuerbaren Energien mit einbeziehen. Es gilt, dem „demokratischen Defizit" in der Europäischen Union, das sich seit 2008 immer weiter verschärft, zu begegnen, indem eine Art pan-europäischer Wohlfahrtsstaat geschaffen und eine soziale Konvergenz erreicht wird, bei der die sozioökonomischen Bedingungen nach oben angeglichen werden. Die Tatsache, dass ein solches Projekt noch vor wenigen Jahren als bescheidene euro-föderalistische Alternative erschienen wäre und heute nach einem radikalen Vorschlag klingt, sollte – angesichts der Richtung, die das EU-Projekt aktuell zu nehmen droht – als Weckruf verstanden werden.

Es gilt, dem „demokratischen Defizit" in der EU zu begegnen, indem eine Art pan-europäischer Wohlfahrtsstaat geschaffen und eine soziale Konvergenz erreicht wird, bei der die sozioökonomischen Bedingungen nach oben angeglichen werden.

Panagiotis Sotiris arbeitet als Journalist in Athen und lehrt an der Hellenic Open University. Er ist Mitglied des Editorial Board von Historical Materialism. Research in Critical Marxist Theory **Yiorgos Vassalos** lebt in Brüssel. Er lehrt Politikwissenschaften an der Universität von Lille. Er arbeitet zudem als unabhängiger Berater zu EU-Angelegenheiten. Seine Forschungsschwerpunkte sind Wirtschaftspolitik der EU und Lobbying. Übersetzung/Lektorat **Sebastian Landsberger/Cornelia Gritzner** (lingua transfair)

ANZEIGE

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Davor Konjikušić

ROTES LICHT

JUGOSLAWISCHE PARTISANEN-FOTOGRAFIE. BILDER EINER SOZIALEN BEWEGUNG, 1941–1945

Dieses Buch gibt neue Antworten auf die Frage nach der Rolle des Mediums Fotografie und ihrer Bedeutung und Indienstnahme in sozialen Bewegungen.

432 Seiten, gebundene Ausgabe, Deutscher Kunstverlag, August 2021, 48 Euro, ISBN 978-3-422-98510-0

Bestellung unter: www.degruyter.com/document/doi/10.1515/9783422986398/html

Instrumentalisierung der Pandemie im Interesse Weniger

Das größte Opfer von Covid-19 könnte die Demokratie werden. **Von Stefanos Loukopoulos**

Die meisten Medien und Expert*innen auf der Welt haben sich so intensiv mit den gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen von Covid-19 beschäftigt, dass sie es versäumt haben, auf die drohenden politischen und institutionellen Gefahren zu blicken. Könnte das größte Opfer von Covid-19 die Demokratie sein?

Die Pandemie ist leider nicht nur ein Test für die Belastbarkeit unserer Gesundheitssysteme und Volkswirtschaften. Sie stellt auch die Grundlagen unserer Demokratien und unser Demokratieverständnis infrage.

Eine umfassende Analyse der Pandemieauswirkungen erfordert einen ganzheitlichen Ansatz, der das Zusammenspiel scheinbar sehr unterschiedlicher, tatsächlich aber direkt zusammenhängender politischer Bereiche und Faktoren berücksichtigt. Anders gesagt: Sowohl das öffentliche Gesundheitswesen als auch die Wirtschaft und deren Auswirkungen auf die Existenzgrundlagen der Bevölkerung sind wichtige Stellschrauben für die kurz- und langfristige Entwicklung unserer demokratischen Systeme.

Wirtschaftskrisen und anhaltende Rezessionen können zusammen mit einem allgegenwärtigen Gefühl von Angst und Unsicherheit, wie es im konkreten Fall durch Covid-19 ausgelöst wird, aller Erfahrung nach den Nährboden für eine gravierende gesellschaftliche Spaltung, für Demagogie und die eingeschränkte Kontrolle des Regierungshandelns bilden, was eine Normalisierung zunehmend autoritärer Regierungsformen befördern kann.

Demokratische Regierungen bewegen sich gegenwärtig auf einem schmalen Grat: Sie versuchen außerordentliche Maßnahmen zum Schutz ihrer Bürger*innen zu ergreifen, ohne deren Grundfreiheiten und Rechte zu beschneiden. Die von der griechischen Regierung verhängten Schutzmaßnahmen und Lockdowns haben sich, zumindest während der ersten Pandemie-Welle, als vergleichsweise wirksam erwiesen. Tatsächlich war es dem Land aus einer Vielzahl von Gründen in erheblichem Maße gelungen, die Ausbreitung des Virus im Vergleich zu anderen EU-Ländern auf einem überschaubaren Niveau zu halten. In der Zwischenzeit sind jedoch eine Reihe von berechtigten Bedenken hinsichtlich der Bilanz der griechischen Regierung in Bezug auf Transparenz, Offenheit und Gesetzgebung in diesem Zeitraum aufgekommen, die in Verbindung mit der Einschränkung parlamentarischer Kontrolle für NGOs wie Vouliwatch Grund genug ist, auf der Hut zu sein.

Die Regierung hat die Pandemie als ideale Gelegenheit genutzt, um nicht nur Staat und Wirtschaft über Nacht nach ihren Vorstellungen umzustrukturieren, sondern um der griechischen Gesellschaft ihr ideologisches Narrativ aufzuzwingen: eine skurrile Mischung aus orthodoxem Neoliberalismus und neokonservativem Law-and-Order-Dogmatismus.

Transparenz und Rechenschaft

Eine Auswertung der verhängten Schutzmaßnahmen, die sich lediglich auf die Frage der Verhältnismäßigkeit konzentriert, läuft Gefahr, das Gesamtbild zu verfehlen. Die meisten von uns dürften sich einig sein, dass die Maßnahmen ausgesprochen unangenehm, aber für den Schutz der öffentlichen Gesundheit notwendig waren. Unsere Analyse sollte sich daher weniger auf die Maßnahmen selbst konzentrieren. Vielmehr sollte das Augenmerk auf den außerordentlichen Bedingungen liegen, die der Regierung durch diese Ausnahmesituation zu Verfügung standen, um mit eingeschränkter Kontrolle, Transparenz und Rechenschaft zu handeln, sowie darauf, wie die Regierung diese Bedingungen genutzt hat, um die eigene Agenda weitgehend frei von Beschränkungen voranzutreiben, die eigentlich eine Machtbalance zwischen den demokratischen Verfassungsorganen garantieren sollen. Es ist bekannt, dass Krisen und der mit ihnen einhergehende Schockzustand Regierungen oftmals Gelegenheit bieten, rechtswidrig zu handeln. In Ländern wie Griechenland, wo die Pressefreiheit und Unabhängigkeit der Medien im europäischen Vergleich am wenigsten ausgeprägt sind und Korruption weit verbreitet ist, gilt dies in besonderer Weise.

Was Transparenz und Rechenschaftspflicht angeht, hat die Regierung leider bei Weitem nicht so gut abgeschnitten wie bei der Eindämmung der Pandemie.

Die Lockerung der Vergabeverfahren für öffentliche Aufträge, die dringende Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung ermöglichen sollte, wurde von den Regierenden offenbar als Gelegenheit wahrgenommen, Unternehmen von Parteimitgliedern und -anhänger*innen mit staatlichen Geldern zu versorgen. Seit Beginn der Pandemie wurden über 5 Milliarden Euro für überteuerte öffentliche Aufträge ausgegeben.

Ein drastisches Beispiel für solche Praktiken ist der berüchtigte Fall der E-Learning-Plattformen für Freiberufler*innen, denen anstelle einer finanziellen Soforthilfe Gutscheine für Online-Schulungen angeboten wurden. Die Regierung vergab zu diesem Zweck insgesamt 36 Millionen Euro an sieben Anbieter, deren rund 100.000 Seiten umfassendes Lehrmaterial in einem eintägigen Auswahlverfahren bewertet wurde. Angaben zu diesen Unternehmen sucht man auf dem Transparenzportal der Regierung vergeblich – wahrscheinlich aus dem Grund, dass deren Vorstände nach bislang nicht dementierten Berichten freundschaftliche Beziehungen zu Minister*innen und Mitgliedern der Regierungspartei Nea Dimokratia (ND) unterhalten. Ein weiteres Beispiel für fragwürdige Praktiken bei der öffentlichen Auftragsvergabe sind mindestens 40 Direktverträge für die Desinfektion von Gefängnissen sowie deren Ausstattung mit entsprechender Schutzausrüstung wie Handschuhen und Masken. Die angebotenen Leistungen waren häufig deutlich überteuert, und viele der Unternehmen, die den Zuschlag erhielten, wurden erst wenige Tage vor der öffentlichen Ausschreibung gegründet oder waren bislang in völlig anderen Branchen tätig – etwa in der Öffentlichkeitsarbeit, im Catering oder als Autozulieferer.

Es gäbe zahlreiche weitere Beispiele dafür, dass Transparenz und Rechenschaftspflicht bei Entscheidungsprozessen und öffentlichen Aufträgen gerade in außergewöhnlichen Zeiten von größter Bedeutung sind. Keine Krise und kein Ausnahmezustand dürfen als Vorwand dafür dienen, sie zu untergraben: Sie sind grundlegende Garanten für eine gesunde und stabile Demokratie.

Eine „Schock-Strategie" für Griechenland

Der Begriff „Schock-Strategie" wurde von der kanadischen Autorin und Aktivistin Naomi Klein geprägt. Ihre Grundthese lautet, dass Regierungen oftmals Notlagen und Krisen dafür nutzen, umstrittene und fragwürdige marktliberale Maßnahmen durchzusetzen, während die Bürger*innen emotional und mit Blick auf ihre materielle Existenz zu abgelenkt sind, um sich zu engagieren und wirksam Widerstand zu leisten.

Die Pandemie und ihre Instrumentalisierung durch die griechische Regierung sind ein hervorragendes Beispiel für Kleins These. Die Regierung hat die Pandemie meines Erachtens sogar als ideale Gelegenheit genutzt, um nicht nur Staat und Wirtschaft über Nacht nach ihren Vorstellungen umzustrukturieren, sondern – wichtiger noch – um der griechischen Gesellschaft ihr ideologisches Narrativ aufzuzwingen: eine skurrile Mischung aus orthodoxem Neoliberalismus und neokonservativem Law-and-Order-Dogmatismus.

Die Regierung hat sich die Einschränkung der parlamentarischen Kontrolle, die zeitweilige Suspendierung von Grundrechten wie dem Demonstrationsrecht, die Sorge der Bürger*innen

Studierende protestieren vor dem Parlament gegen das neue Universitätsgesetz
Foto: Giannis Panagopoulos

um ihre Gesundheit und den medialen Fokus auf die Pandemie zunutze gemacht, um eine Flut von unpopulären und umstrittenen Gesetzen zu verabschieden. Von März 2020, als die Pandemie Griechenland erreichte, bis Juni 2021 verabschiedete das Parlament 141 Gesetze. In derselben Zeitspanne, und ohne Covid-Krise, brachte die Vorgängerregierung 101 Gesetzentwürfe ins Parlament ein. Oder anders veranschaulicht: Vor der Pandemie verabschiedete die aktuelle Regierung im Durchschnitt sechs Gesetzentwürfe monatlich, seit ihrem Ausbruch dagegen neun.

Da Zahlen allein häufig kein genaues Bild ergeben, sollten wir uns einige der von der Regierung während der Pandemie erlassenen Gesetze und Entscheidungen näher ansehen.

In der Arbeitsmarktpolitik hat sie den bestehenden institutionellen Rahmen radikal verändert: Der Achtstundentag wurde durch die Einführung von Einzelverträgen ausgehöhlt, Tarifverhandlungen wurden verboten und die Gewerbeaufsichtsbehörden erheblich geschwächt.

Gleichzeitig kam das Bildungsministerium den Interessen der Wirtschaft entgegen, indem es die Abschlüsse privater Hochschulen mit denen öffentlicher Hochschulen gleichstellte und die Berufskammern dazu zwang, Absolvent*innen der privaten Einrichtungen aufzunehmen. Außerdem wurden die Zugangsanforderungen für öffentliche Hochschulen deutlich erhöht, so dass die Zahl der Studienanfänger*innen um ein Drittel sank. Viele, die aufgrund dieser Reform keinen Studienplatz an einer staatlichen Universität bekommen, werden sich wohl an privaten Hochschulen einschreiben, deren Gewinne entsprechend steigen.

Verabschiedet wurde auch ein umstrittenes Umweltgesetz, das nach Ansicht vieler Umweltschutzorganisationen Wirtschaftsinteressen über ökologische Belange stellt. Das Gesetz erlaubt die Förderung von Erdöl und Erdgas in Naturschutzgebieten und untergräbt damit die Natura-2000-Richtlinien der EU. Um Investoren anzulocken, fördert es außerdem eine unverhältnismäßige Ausweitung erneuerbarer Energien, ohne die negativen Auswirkungen auf Ökosysteme und die Lebensgrundlagen der ortsansässigen Bevölkerung zu berücksichtigen. Schließlich hebt der Gesetzentwurf das Einspruchsrecht kommunaler Behörden gegen die Errichtung von hochgefährlichen und umweltschädlichen Kohleförderungsanlagen auf ihrem Gebiet auf.

Am frappierendsten ist jedoch die Tatsache, dass die Regierung mitten in der Pandemie die innere Sicherheit zur Priorität erhoben hat. Während die unterbesetzten öffentlichen Krankenhäuser mit der Corona-Krise zu kämpfen hatten, sah der Staatshaushalt für 2021 eine Erhöhung der Sicherheitsausgaben um 30 Prozent vor – und Einsparungen von 572 Millionen Euro im Gesundheitswesen. Zu allem Überfluss will Griechenland, das gemessen an der Bevölkerung bereits die zweitgrößte Polizeidichte in der EU hat, rund 6.200 neue Polizeibeamt*innen einstellen. Die größten Bedenken löste jedoch die Verabschiedung eines umstrittenen Gesetzes aus, das die ständige Stationierung von Polizeieinheiten an Hochschulen vorsieht, während deren Mittel allein in diesem Jahr um mehr als 22 Prozent gekürzt wurden.

Wir wurden gewarnt

Dass die Regierung die Pandemie instrumentalisiert, um neoliberale Reformen voranzutreiben, sollte keine Überraschung sein. Sie verfolgt damit keine geheime Agenda. Im Gegenteil: Der griechische Premierminister hat die Pandemie mehrfach öffentlich als Chance für Veränderungen angeführt. In einem Fernsehinterview erklärte er: „Wenn man mit großen Krisen konfrontiert ist, sollte man sie nutzen, um große Veränderungen zu erreichen. Es ist meine Absicht, diese großen Veränderungen für unser Land herbeizuführen.“ Dass große Veränderungen in Griechenland dringend notwendig sind, steht außer Frage. Wir müssen jedoch auch während dieser Krise die demokratische Kontrolle aufrechterhalten, um sicherzustellen, dass diese Veränderungen im öffentlichen Interesse liegen und staatliche Gelder transparent und sinnvoll eingesetzt werden.

Stefanos Loukopoulos ist Direktor von Vouliwatch, einer unabhängigen Organisation zur Parlamentsbeobachtung. Genaueres zur Arbeit von Vouliwatch auf Englisch unter https://vouliwatch.gr/about/en. Übersetzung **Camilla Elle** und **Felix Kurz** (Gegensatz Translation Collective)

7. Oktober 2020: Am Tag der Urteilsverkündung im Prozess gegen die faschistische Goldene Morgenröte haben sich Zehntausende Antifaschist*innen vor dem Gericht versammelt. Foto: Sotiris Dimitropoulos

Medien im Umbruch

Die Nachrichtenbranche in Griechenland im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlicher Krise und staatlicher Einflussnahme. **Von Eugenia Siapera**

Die Digitalisierung und die Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 haben die gesamte Medienbranche in Griechenland umgepflügt, einige Bereiche jedoch stärker als andere. Insgesamt lässt sich sagen, dass die fortwirkende ökonomische Krise eine Krise innerhalb der Medienlandschaft mit erheblichen Verschiebungen in diesem Segment ausgelöst hat. Deren Folgen für die Gesellschaft und den demokratischen Prozess sind noch nicht vollständig absehbar, dürften jedoch gravierend ausfallen.

Anfang der 2000er Jahre befand sich die griechische Medienlandschaft in einer Art dysfunktionalem Gleichgewicht: Private Fernsehsender im Besitz von Unternehmern und Verlegern, Printmedien, die zumeist traditionellen Verlagshäusern gehörten, sowie kleinere und lokale Anbieter arbeiteten mit unterschiedlichem Erfolg. Medienkritiker*innen konstatierten damals zu enge Verbindungen zwischen Parteien und Medien sowie eine abnehmende Professionalität infolge eines ungeordneten und intransparenten Deregulierungsprozesses.

Als dieses dysfunktionale System nach 2008 durch das Aufkommen digitaler Plattformen und die Wirtschaftskrise zusammenbrach, äußerten einige die Hoffnung auf einen positiven Wandel. Die großen, althergebrachten Verlagshäuser, so die These, seien nun gezwungen, sich zu öffnen und ihre Arbeitsweise zu ändern. Stattdessen wurden wir jedoch Zeug*innen eines Zusammentreffens von drei miteinander verbundenen Krisen: einer wirtschaftlichen, die einen neuen Schlag von Medieneigentümer*innen hervorbrachte, einer politischen, die die Medienlandschaft klar nach rechts verschoben hat, und einer sozialen, die durch die Abwendung der Bürger*innen von den traditionellen Medien gekennzeichnet ist. Gleichzeitig schmälert der fortgesetzte Einfluss digitaler Plattformen die Überlebenschancen unabhängiger Medien. Die Arbeitsbedingungen von Journalist*innen haben sich verschlechtert, und die Abhängigkeit der Medien von Staat und Wirtschaftsinteressen ist noch gewachsen. All das hat die Fähigkeit der Medien, die Mächtigen einer wirksamen demokratischen Kontrolle zu unterstellen und die Bevölkerung zu informieren, stark beeinträchtigt, während sich Letztere von den Medien abgewendet hat und häufig unbekannte, potenziell unzuverlässige Informationsquellen nutzt.

Stark konzentrierte Medienbranche

In der Zeit nach der Wirtschaftskrise von 2008 brachen drei einflussreiche Verlagshäuser zusammen: die DOL (Lambrakis-Pressegruppe), die Pegasus-Gruppe und der Tegopoulos-Verlag, in dem die Tageszeitung „Eleftherotypia“ erschien. Die beiden

Erstgenannten wurden jeweils von den Unternehmern Vangelis Marinakis und Ivan Savvidis übernommen, die unter anderem im Reedereibereich sowie im Immobiliensektor tätig sind. Weitere Medienbesitzer sind die ebenfalls in der Schifffahrt vertretenen Familien Alafouzos, Vardinogiannis, Kontominas und Kyriakou. Keiner dieser Eigentümer ist ausschließlich in der Medien- und Verlagsbranche tätig. Zusammen kontrollieren diese Familien die Mehrheit der privaten Fernsehsender (Mega, Ant1, Skai, Open, Alpha und Star), die auflagenstärksten Tageszeitungen („Ta Nea", „Kathimerini") und große Nachrichtenportale (in.gr, parapolitika.gr). Da Auflagen und Einschaltquoten stark zurückgegangen sind und die Werbung ins Internet abgewandert ist, werfen die klassischen Medien kaum Gewinn ab und dienen vermutlich eher der politischen Einflussnahme. Die Medienbranche ist stark konzentriert, politisch in der rechten Mitte angesiedelt und unterstützt die derzeitige von Nea Dimokratia geführte Regierung. Als wäre das nicht genug, hat die Regierung insbesondere während der Pandemie, als die Werbeeinnahmen um 61 Prozent zurückgingen, weitere Mittel eingesetzt, um die Medien an sich zu binden.

Die berüchtigte Petsas-Liste, benannt nach dem stellvertretenden Innenminister, ist ein Beispiel für staatliche Einflussnahme auf die Medien: Die Regierung schaltete für insgesamt 20 Millionen Euro Anzeigen, als regierungskritisch geltende Medien fehlten jedoch auf dieser Liste (siehe Europarat, 2021). Zusammengenommen sind diese Entwicklungen Anzeichen für eine zunehmend kontrollierte Medienlandschaft, in der die Interessen von Unternehmen und der rechten Mitte Vorrang erhalten.

Unkritische Wiederholung von Regierungsnarrativen

Entsprechend unterstützen die Narrative und thematischen Schwerpunkte der Mainstream-Medien – mit den immer gleichen Geschichten über spektakuläre Verbrechen, bedrohliche Ausländer*innen und „Angriffe" auf die griechische Nation und ihre Werteordnung – die Law-and-Order-Agenda der Regierung. Vor diesem Hintergrund einer unkritischen Wiederholung von Regierungsnarrativen wurden Polizeigewalt und staatliche Willkür gegen Bürger*innen nie ernsthaft untersucht. Einige der schlimmsten patriarchalischen, frauenfeindlichen, rassistischen und homophoben Tendenzen des griechischen Konservatismus haben in einem neuen „Hassjournalismus" ein Ventil gefunden – einer Boulevardberichterstattung, die aus dem Gefühl von Unsicherheit, Wut und Frustration in Teilen der griechischen Gesellschaft Kapital schlägt. Eine solche Berichterstattung stellt keine Ausnahme dar, sondern entspricht einer von den Mainstream-Medien hergestellten „pathologischen Normalität".

Die Arbeitsbedingungen für Journalist*innen verschlechtern sich zusehends. Die Wirtschaftskrise hat zu einem drastischen Stellenabbau, Lohnsenkungen und geringerer Arbeitsplatzsicherheit geführt, was für eine jüngere Generation von Journalist*innen und Medienschaffenden weniger Beschäftigungsmöglichkeiten als je zuvor bedeutet. Prekarität, Zeitarbeit und Selbstständigkeit prägen das Bild und führen zu demoralisierten, weniger qualifizierten und unprofessionellen Arbeitskräften. Jüngere Generationen von Absolvent*innen der Medienstudiengänge zieht es in andere Kommunikationsberufe – PR, Marketing und verwandte Bereiche –, während es denjenigen, die eine journalistische Tätigkeit aufnehmen, an Zeit, Ressourcen und Motivation fehlt, um einen ernsthaften, fundierten, investigativen und kritischen Journalismus zu betreiben.

Diese Entwicklung hat in weiten Teilen der Öffentlichkeit zu Skepsis, Misstrauen und Zynismus geführt. Das Vertrauen der griechischen Bevölkerung in die Nachrichtenmedien ist sehr gering: Nur 32 Prozent der von Reuters Digital News Befragten gaben an, dass sie die Nachrichtenmedien für glaubwürdig halten. Während die Mainstream-Medien von Wirtschaftsinteressen vereinnahmt wurden, haben sich die Bürger*innen den digitalen Medien zugewandt, doch die Landschaft ist insgesamt ausgesprochen zersplittert: Der*die durchschnittliche Mediennutzer*in konsultiert mehr digitale Nachrichtenquellen als in jedem anderen der 46 Länder, die im Reuters Digital News Report aufgeführt sind. Während die Existenz solcher Portale und ihre breite Nutzung den Anschein erwecken, dass der Medienpluralismus bewahrt wurde, hat das Fehlen jeglicher Qualitätskontrolle oder Regulierung zur Folge, dass einige dieser Online-Nachrichtenquellen unzuverlässig sind und rechtsextreme Ideologien verbreiten.

Kurz schienen sich in den ersten Jahren der Krise mit dem Aufbau alternativer Medien – 2013 wurde sogar der öffentlich-rechtliche Rundfunk ERT besetzt – neue Möglichkeiten aufzutun. Diese Entwicklung hatte aber offenbar nur begrenzte Auswirkungen auf die Medienlandschaft insgesamt. Unabhängige Nachrichtenquellen, allen voran The Press Project, konnten sich dennoch bis heute behaupten. Die als Genossenschaft betriebene Print- und Online-Zeitung Efimerida ton Syntakton trägt sich nach wie vor selbst, auch wenn sie an die Zugkraft ihrer Vorgängerin, der traditionsreichen Tageszeitung „Eleftherotypia", nicht heranreicht. Diese Bemühungen haben zwar noch nicht den nötigen Anstoß für eine überfällige umfassende Medienreform geben können, doch allein ihre Präsenz in der griechischen Öffentlichkeit bietet Anlass zur Hoffnung. Mindestens zeigen sie, dass es ein Bedürfnis nach Qualitätsjournalismus gibt, der ohne Einmischung von Unternehmen oder politischen Interessen von der Öffentlichkeit finanziert wird. Die griechische Medienlandschaft bietet wenig Grund für Optimismus, aber die Beharrlichkeit solcher unabhängigen journalistischen Initiativen und Überreste der solidarischen Bewegungen der 2010er Jahre sind immerhin ein Lichtblick. Die feministischen, antirassistischen und auf anderen Feldern aktiven solidarischen Initiativen sind vielleicht kleiner als noch vor einigen Jahren, aber auch reifer. Diese Bewegungen und ihre Unterstützer*innen können sich rund um Medieninitiativen zusammenschließen und sie stärken, um den Informationsbedürfnissen einer Öffentlichkeit gerecht zu werden, die ihre Erfahrungen, Hoffnungen und Erwartungen in den Mainstream-Medien nicht erfüllt sieht.

Einige der schlimmsten patriarchalischen, frauenfeindlichen, rassistischen und homophoben Tendenzen des griechischen Konservatismus haben in einem neuen „Hassjournalismus" ein Ventil gefunden.

Dr. Eugenia Siapera ist Professorin für Informations- und Kommunikationswissenschaften an der University College Dublin. Übersetzung **Camilla Elle** und **Felix Kurz** (Gegensatz Translation Collective)

Another migration policy is possible!

MOVING CITIES

Photo by Maria Teneva

OXHOUSE.GR

Progressive solidarity cities welcoming migrants and refugees in Europe.

www.moving-cities.eu

Online from October 21 in 7 languages: English, German, Greek, Spanish, French, Italian and Polish

MOVING CITIES
Another migration policy is possible

International online conference and launch of platform.

21 October 2021
10 am CET

ORGANISED BY

SEEBRÜCKE
SCHAFFT SICHERE HÄFEN!

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

SUPPORTED BY

Robert Bosch Stiftung

Stiftungsfonds Zivile Seenotrettung